9. November 1938

Raub, Mord, Brandstiftung in aller Öffentlichkeit

Wer kann sagen, er hätte nichts gewußt?

In diesem Heft:

Nazi-Aufmarsch in Rostock +++ DVU in Passau +++ Le Pen vor Gericht
Wahlen in Lettland und Polen +++ 60.Jahrestag der Reichskristallnacht

H 8040 F
Nummer 55
Nov.-Dez. '98
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Inhalt

Impressum

Postanschrift: DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Hausanschrift: Rolandstr. 16
30161 Hannover. Tel.: 0511 / 3360209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Die Bundestagswahl im September hat nicht zu den von vielen befürchteten Wahlerfolgen der neofaschistischen Parteien geführt. Trotz einer regelrechten Materialschlacht und aggressiven Aufmärschen erreichten die neofaschistischen und rechtsradikalen Parteien zusammen keine 5% der Stimmen.

Doch aus dem Ergebnis der Bundestagswahl, wie der Innenminister Sachsen-Anhalts, Manfred Püchel, den Schluß zu ziehen, daß nun die Rechten entzaubert seien und der DVU-Erfolg von Sachsen-Anhalt kein Ausdruck einer allgemeinen rechtsradikalen Gesinnung sei, dürfte weit an der Realität vorbei gehen. Immerhin konnten die Neofaschisten und Rechtsradikalen ihr Ergebnis an absoluten Stimmen im Verhältnis zur Bundestagswahl 1994 auf 2,2 Millionen Stimmen verdoppeln. In Sachsen erreichten sie darüber hinaus in mehreren Wahlkreisen mehr als 10% - allein die mit den militanten Neonazis kooperierende NPD übersprang dort in neun Orten die 5%-Hürde. Das Gesamtergebnis von rund 8,9% läßt für die 1999 bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen Schlimmes erwarten. Und das nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern: In Baden-Württemberg z.B. erreichten die „Republikaner" allein 4% und erhoffen sich auf der Grundlage der damit deutlich werdenden Stammwählerschaft ebenfalls im kommenden Jahr den Einzug in zahlreiche kommunale Parlamente.

Angesichts der Tatsache, daß bei den zahlreichen Wahlen im kommenden Jahr 1999 die WählerInnen nicht mit einer derart zugespitzten Situation (Schröder oder Kohl??) konfrontiert sein werden, und daß sich die Politik der neuen „rot-grünen" Koalition an ihren konkret faßbaren Ergebnissen wird messen lassen werden muß, wäre es grob fahrlässig in Bezug auf den Neofaschismus eine Entwarnung zu geben. Während wissenschaftliche Studien nach wie vor ein Potential von rund 13% der Bevölkerung „mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild" feststellen, läßt gleichzeitig die Bindekraft dieses Gesellschaftssystems nach. Eine „Systemverdrossenheit", „die die Demokratie an sich in Frage stellt" läßt sich bei 33% der BürgerInnen im Westen und bei 50% im Osten attestieren.

Die Neofaschisten und Rechtsradikalen jedenfalls versuchen diese Situation zu nutzen: Immer lauter werden die Stimmen, die eine Zusammenarbeit der rechtsradikalen Parteien, eine Sammlungsbewegung fordern - bis in die Reihen des bisher auf „Biedermann-Image" bedachten „Bundes freier Bürger" (BFB). Auch im Hinblick auf die im nächsten Jahr ebenfalls anstehenden Wahlen zum Europa-Parlament kann möglicherweise mit einigen Umstrukturierungen in diesem politischen Spektrum gerechnet werden.

Für die antifaschistische Bewegung erwächst daraus die Aufgabe, sich möglichst frühzeitig auf die bevorstehenden (Wahlkampf-)Auseinandersetzungen einzustellen. Dabei ist die Be- und Verhinderung neofaschistischer Aufmärsche und Propaganda ein wichtiger, aber nicht ausreichender Bestandteil. Wichtig wird es darüber hinaus sein, die sozialen, scheinradikalen Phrasen der Neofaschisten als pure Demagogie zu entlarven und ihnen überall dort, wo sie geäußert werden, sowohl praktisch als auch inhaltlich entgegenzutreten.

Entscheidend aber wird sein, ob es in der nächsten Zeit gelingen wird, den allgemeinen Rechtstrend zu stoppen und zurückzudrehen. Gradmesser dafür könnte u.a. die Rücknahme der Einschränkungen des Asylrechts sein (als erster Schritt zur Aufkündigung eines rassistischen Konsenses), oder auch die lange fällige Entschädigung der durch die bundesdeutsche Industrie ausgebeuteten ehemaligen ZwangsarbeiterInnen.

Aber auch hier gilt selbstverständlich: Ohne (außerparlamentarischen) Druck wird sich nichts entscheidendes bewegen!

DER RECHTE RAND Nr. 56 erscheint Anfang Januar 1999. Redaktionsschluß ist am 10. Dezember 1998.

Terminankündigung

Antifaschistische Aktivitäten gegen den Bundesparteitag der „Republikaner"

Am 21./22.November 1998 soll der Bundesparteitag der „Republikaner" in Witzenhausen/Unterrieden (Hessen) stattfinden. Um das zu verhindern, mobilisiert das Antifa-Plenum-Nordhessen zu Gegenaktionen.
nähere Informationen unter: Antifa-Plenum-Nordhessen, c/o Bazille, Sickingenstraße 10, 34117 Kassel, Tel.: 0561/17919, Fax: 0561/713458

DER RECHTE RAND ist kein Archiv!

Immer wieder erreichen uns Anfragen mit der Intention, alle nur erdenklichen Hintergrundinformationen dem/der AbsenderIn zukommen zu lassen. Wir sind eine Zeitung, kein Archiv! Adressat solcher Anfragen sollten die öffentlich zugänglichen antifaschistischen Archive sein - z.B. das
Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V., Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin, Tel./Fax: 030/6116249

Karl Chemnitz

Der „Bund Freier Bürger" in Sachsen

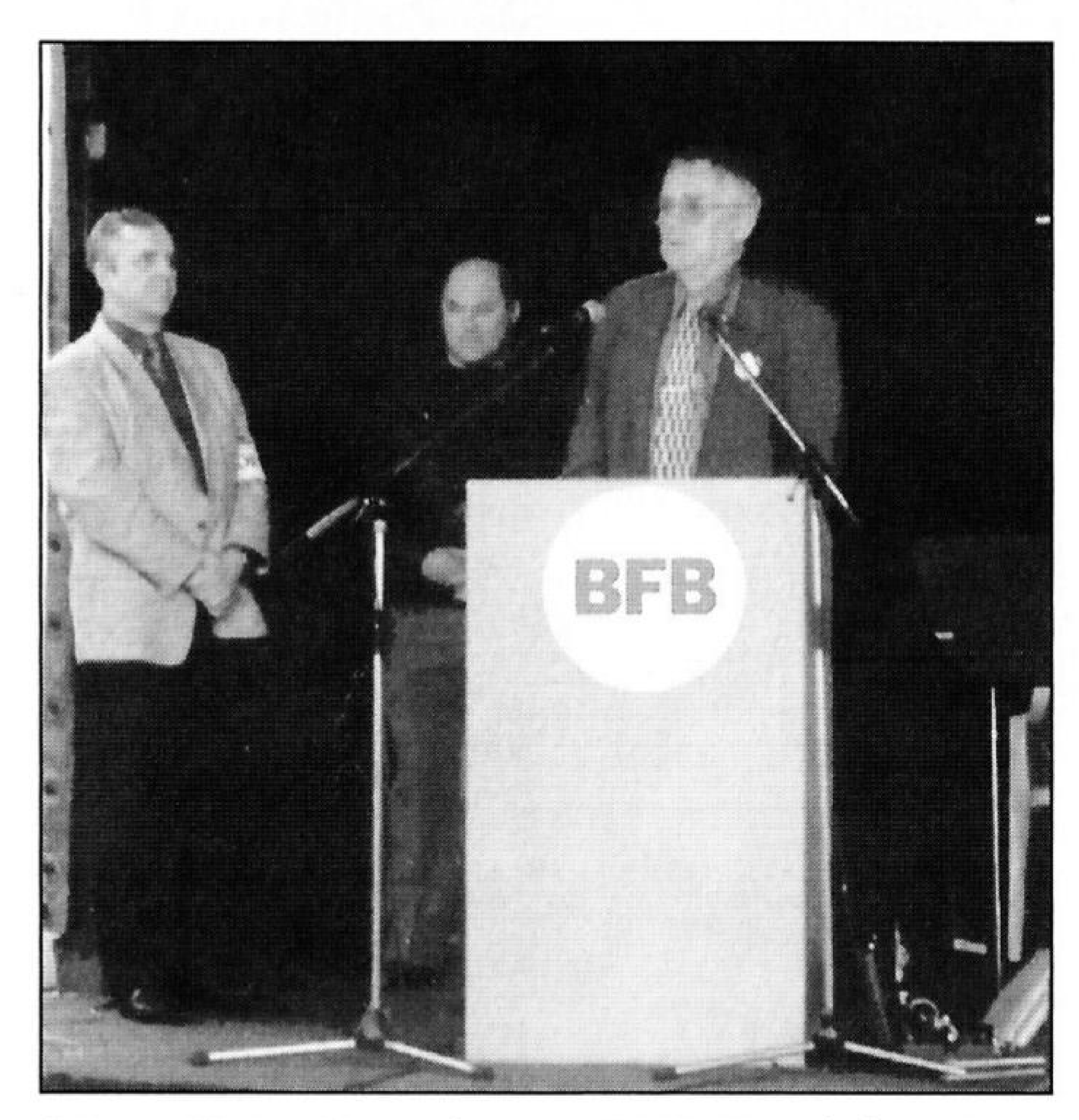
Mit 'Blut-und-Boden' an die Spitze der Bewegung?

Mit dem bundesweit besten Einzelergebnis bei der Bundestagswahl läßt der sächsische Spitzenkandidat Dieter Heinz Tanneberger nun alle Masken fallen und schreibt auch die Prozente, die die neo-faschistischen Konkurrenzvereine NPD, DVU und „Republikaner" erzielten, seiner Partei gut.

Dem „Freiberger Anzeiger" teilte **Dieter Heinz Tanneberger** gleich nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis mit: „Ich bin sehr überrascht und erfreut. Die nationalen Parteien haben sachsenweit zwölf Prozent! Ein erstaunliches Ergebnis, das ich auch dem BFB zurechne." In der Tat sind die 7,2 Prozent Erststimmen ein beachtliches Ergebnis, wenn man bedenkt, daß der Bundesschnitt der Partei bei mageren 0,2 Prozent liegt. Mit dem Verlauf der Wahlkampfveranstaltungen läßt sich Tannebergers Ergebnis jedoch nicht erklären. Obwohl der BFB großspurig zu Großkundgebungen einlud, waren im Schnitt nicht mehr als 50 BürgerInnen seiner Einladung gefolgt. Bei der Veranstaltung in Dresden stießen AntifaschistInnen das große Wahlplakat um, schnitten Lautsprecherkabel durch und bewarfen die anwesenden BFBlerInnen mit Melonen. Der Spitzenkandidat war durch diese Aktion völlig in Rage geraten und rief mehrfach in die Menge: „Wir sind der nationale Widerstand!" Etwas verwirrt reagierte er hingegen auf massive Zwischenrufe bei einer Kundgebung in Freiberg. Das Transparent der Antifa „Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland!" hatte ihn so verunsichert, daß er über Mikrofon anfragte: „Gehören die zu uns?" Die Antwort: „Nazis raus!" verhalf ihm zur richtigen Einschätzung der Situation. Ansonsten hatte er seine Rolle im Wahlkampf gut einstudiert: Noch spielte er zusammen mit den anderen sächsischen Kandidaten, wie dem Unternehmer **Karl Jachow** (51) aus Mittweida, dem Diplomingenieur **Joachim Kröher** (51) aus Reinsdorf, dem früheren CDU-Mitglied Diplomagraringenieur **Wolfgang Reichel** (59) aus Großolbersdorf und dem sächsischen Landsvorsitzenden Dr.Dr. **Winfried Schachten,** den Einheizer für den Hauptakteur Dr. **Heiner Kappel** (BFB-Generalsekretär aus Bad Soden). Zum Höhepunkt der Wahlkampf-Schau betrat Kappel die Bühne, während der „volks"-musikalischen Darbietung einer Südtiroler Trachtenkapelle. Seine eher mäßigen Reden beendete er regelmäßig mit einer Hetztirade auf den Vorsitzenden des „Zentralrats der Juden in Deutschland", Ignaz Bubis.

In halbseitigen Anzeigen in Springers „Welt" warben die Hamburger KandidatInnen **Heiko Peters**, **Bettina Landmesser**, **Kristof Berking**, der BFB-Vorsitzende **Manfred Brunner** sowie **Maria von Below** aus Thüringen zusammen mit Tanneberger im Interesse der Menschen, die zwischen 1945 und 1949 im Zuge der Bodenreform Landbesitz und Immobilien verloren. Sie forderten die alte Bundesregierung auf, sie strafrechtlich zu verfolgen, weil sie Kohl, Schäuble, Waigel, Bohl und Kinkel öffentlich der Falschaussage bezichtigen.

Deutlicher, und in seiner Ausrichtung noch schärfer als das 22-seitige Bundesprogramm der Partei für „Recht und Ordnung", buhlte ihr sächsischer Spitzenkandidat Tanneberger mit völkisch-rassistischen Parolen in der regionalen „Freien Presse" um die WählerInnengunst. Ganzseitig ließ er verkünden, daß er z.B. gegen „Raffgier, Bereicherung und kriminelles Eigentum des Großkapitals und der Börsenhaie sei" und sich für die „Eigentums- und Heimatrechte der Sudetendeutschen, Schlesier und Ostpreußen" einsetze. Natürlich versprach er, sich „gegen nationale Überfremdung, Multikultur, Ausländerkriminalität und Asylmißbrauch" zu wehren. Für die Jugend hatte er ebenfalls einschlägig bekanntes Vokabular in seinem Propagandareservoir. Er will sich „für eine nationale und patriotische Gesinnung der deutschen Jugend und der gesamten Gesellschaft" einsetzen. Von den LeserInnen forderte er: „Deutsch und frei wählen! Deutsche Mark wählen! Arbeit und Brot wählen! Mitte-rechts wählen!" Für die teuren Anzeigen zeichnete der „Deutsche Landbund e.V." verantwortlich, der 1991 von Tanneberger in Leipzig mitgegründet wurde und dessen Präsident er bis 1995 war.



Dieter Heinz Tanneberger, BFB-Kandidat mit dem besten Einzelergebnis

Die faschistoide „Junge Freiheit" würdigte das Wahlergebnis Tannebergers mit wohlwollenden Worten. Er selbst schaltete nach der Wahl Anzeigen in der Lokalpresse, in denen er sich artig bei seinen WählerInnen bedankte: „Allen meinen 10.054 Wählern, die mir und dem Bund Freier Bürger (BFB) zur 14. Bundestagswahl in so überraschend großer Anzahl ihre Stimme gegeben haben (7,2% aller Erststimmen des Wahlkreises 321 Freiberg-Brand-Erbisdorf-Flöha-Marienberg) sei auf diesem Wege sehr herzlich gedankt. (...) Es waren fast doppelt so viele, wie F.D.P. und Grüne zusammen erzielten. Ich hoffe auch weiter auf Ihre politische Unterstützung, insbesondere zu den Landtagswahlen 1999, damit das nationale, vaterländische und freiheitliche Gedankengut in Sachsen endlich auch eine parlamentarische Vertretung findet."

Bisher ist der Weg des BFB nicht sehr erfolgreich. Die Versuche, sich bei der Senatswahl in Hamburg und der Landtagswahl in Bayern als die rechte Wahlalternative zu etablieren, scheiterten kläglich. In Bayern wurden es nicht mehr als 0,1% der WählerInnenstimmen. Das Ergebnis bei der Bundestagswahl im September fiel mit 0,2% nicht viel besser aus. Der Einzug in bundesdeutsche Parlamente dürfte daher zunächst nicht Hauptaufgabe des BFB sein. Ihm geht es erst einmal darum, verschiedene rechte, nationalkonservative Kleinstgruppen und enttäuschte KleinbürgerInnen zu sammeln. Erste Gespräche mit Vertretern der „Deutschen Partei" (DP) und der „Deutschen Sozialen Union" über ein Zusammengehen unter dem Dach des BFB haben bereits stattgefunden [vgl. DRR Nr.51 und 52].

Während Kappel sich beim „Bund der Selbständigen" und deren „Stimme der Mehrheit" für seine neue Partei stark macht und dort kapitale Unterstützung erhoffen kann, sorgt der in Olbernhau bei Kundgebungen als singender Protestler aufgefallene augenblickliche Präsident des „Verbandes der privaten Landwirte und Grundeigentümer Sachsen e.V." (VDL) Tanneberger für Zuwachs aus der agrarstrukturierten Provinz. Unterstützung kommt auch aus den Reihen der Vertriebenen und der Hauseigentümer, wie das Engagement von Mitgliedern des „Bundes der Vertriebenen" und des Vereins „Haus und Grund" bei den Auftritten des BFB in Dresden und Freiberg zeigte. Die Truppe um Heiner Kappel ist von ihrer gesellschaftlichen Wirkungskraft gefährlicher als so mancher Bubi mit Glatzkopf, der sich in einer „freien Kameradschaft" oder bei der NPD organisiert. Kappel spekuliert auf einen Auflösungsprozeß bei der CDU/CSU und der FDP. Mit Figuren wie Tanneberger könnte er sich in Sachsen, dessen Wirtschaft von mittelständischen Unternehmen geprägt ist, noch stärker etablieren. Hinzu kommt die Bereitschaft Tannebergers, sich auch militanteren Strukturen zuzuwenden. Die Doppelstrategie, mit Tanneberger Blut-und-Boden-Fanatiker zu gewinnen und mit Kappel ins finanzkräftige neo-liberale Lager einzuwirken, wird den Wahlkampf des BFB in Sachsen bestimmen, wo im September 1999 der Landtag neu gewählt wird.

Als Sprecher der „Stimme der Mehrheit", dem publizistischen Ableger der bundesweit organisierten Mittelstandsvereinigung „Bund der Selbständigen" (BDS) könnte Heiner Kappel schon im Dezember entscheidende Punkte für einen Wahlerfolg in Sachsen machen: der militante Flügel des BDS, der Landesverband Nordrhein-Westfalen, wird dann seine Generalversammlung im sächsischen Pappritz bei Dresden abhalten. Der BDS hat in den Pappritzer Hof, der offiziellen Bildungsstätte des sächsischen Justizministeriums, geladen. **Steffen Heitmann**, amtierender Justizminister, hat sich des öfteren mit Spitzenfunktionären des BDS getroffen und sich von **Joachim Schäfer**, dem Geschäftsführer des BDS und geistigem Ziehvater der „Stimme der Mehrheit" [siehe DRR Nr.43 und Nr.52], für das Verbandsorgan interviewen lassen.

Christina Heine

Alle Jahre wieder: DVU in Passau

„Deutschland, jetzt kommt die DVU“ – wieder einmal kam die rechtsextreme Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey in die niederbayerische Stadt Passau. Einen Tag vor den „Schicksalswahlen“, am 26.9.98, wollte man schon einmal den vermeintlichen Einzug in den Bundestag feiern.

Bereits zum 17. Mal nutzte die „Deutsche Volksunion“ (DVU) die Passauer Nibelungenhalle für eine Großkundgebung. Neben dem Parteivorsitzenden **Gerhard Frey** war auch der frühere Vorsitzende der „Republikaner“ und jetzige DVU-Spitzenkandidat für Bayern **Franz Schönhuber** angereist und mit minutenlangem frenetischen Jubel von den etwa 3.000 Anhängern begrüßt worden. Abgesagt hatte allerdings der Vorsitzende des französischen „Front National“ **Jean Marie Le Pen**. Er entschuldigte sich damit, daß er sich auf seinen anstehenden Prozeß in Frankreich vorbereiten müßte. Als Vertretung schickte er den Europaparlamentsabgeordneten des „Front National“ **Yvan Blot**.

Im Kielwasser dieses alljährlichen Spektakels der DVU hatte auch die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) eine Demonstration zur gleichen Zeit angemeldet. Nach einem Verbot durch die Stadt Passau und einigem juristischen Hickhack hatte der Verwaltungsgerichtshof in München diese Demonstration mit verkürzter Route erlaubt.

Nicht begeistert von dieser Idee war die DVU: „Mit Rabauken und skinhead-ähnlichen Gestalten haben wir nichts zu tun“, ließ die Pressestelle verlauten und drohte, die „Kameraden“ nicht in die Halle zu lassen. Unbeirrt bemerkte der NPD-Landesverband Bayern, man würde sich „zumindest mit der Basis“ der DVU schon verstehen.

Mit der offiziellen Begründung, „nicht für eventuelle Schäden verantwortlich sein zu wollen“, vermutlich aber wegen akuter Mobilisierungsmängel und unter bestmöglicher Öffentlichkeitswirksamkeit, sagte die NPD die Demonstration noch am Abend vor dem 26.9. nicht wirklich überraschend ab.

Hatte die Stadt Passau hierbei noch in mehreren Instanzen auf ihrem Verbot der Veranstaltung bestanden, so ist bezüglich der DVU völlige Stille eingekehrt in der Dreiflüssestadt. Als eine „Heimsuchung“, wie „weiland die Heuschreckenplage im alten Ägypten“, so die „Passauer Neue Presse“ (PNP), fallen die „ewig Gestrigen“ halt jedes Jahr in Passau ein, und das Geld für die alljährlichen Prozesse könne man sich auch sparen.

Einen besonders peinlichen Fauxpas leistete sich der Oberbürgermeister der Stadt, **Willi Schmöller**, der in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ die Passauer Historikerin Anna Rosmus für die Attraktivität der Stadt für die Nazis verantwortlich machte. Vor Jahren erforschte sie die NS-Vergangenheit in Passau und veröffentlichte ihre Ergebnisse. Seitdem wird sie immer wieder von den Stadthonoratioren angegriffen. In Washington D.C., wo sie seit vier Jahren als freie Mitarbeiterin des Holocaust Museums tätig ist, löste Schmöllers Aussage einen mittleren Skandal aus.

Anna Rosmus stellte dar, daß Passau in der Zeit des Nationalsozialismus eine braune Hochburg war und die Vergangenheit der Stadt beflissen verschwiegen wird. So mag die 1937 erbaute Nibelungenhalle für die heutigen extremen Rechten einerseits als Anspielung auf germanisches Heldentum gelten, andererseits als Symbol für das, was aus der großen Zeit geblieben ist.



Ausriß aus der „Deutschen Nationalzeitung“ (Nr.41/98) vom Wochenende nach den Wahlen: oben der bayrische DVU-Spitzenkandidat Franz Schönhuber, unten „Front National“-MdEP Yvan Blot

Das Geschichtsverständnis und der Deutsch-Nationalismus der Stadtoberen überholt seit Jahren die extreme Rechte, weshalb in Passau weder die DVU noch die „Republikaner“ eine politische Kraft geworden sind. Allerdings hat das Importprodukt DVU durchaus Rückhalt in den ländlichen Strukturen um Passau herum: die Jugendsubkultur ist rechts, auch wenn sich das nicht in den Wahlergebnissen äußert.

Für die „Antifaschistische Aktion Passau“ (AAP) stellen die alljährlichen Besuche keinesfalls einen „Spuk“ (PNP) dar, der kommt und wieder geht, sondern sind nur ein besonders krasser Auswuchs der allgemeinen Atmosphäre in Niederbayern. Auswuchs ist auch die beispiellose Weise der staatlichen Repressionen gegen die kontinuierliche antifaschistische Arbeit in der Region, deren Grundlage, so die AAP, die Auseinandersetzungen um die DVU-Veranstaltungen sind. Die Stadt Passau selbst tat sich immer hervor, indem sie die DVU besonders wirksam ignorierte. Immer wieder wurde und wird von städtischer Seite her betont, wie wichtig Widerstand ist. Dieser sollte aber nur auf den Veranstaltungen des DGB, der Kirchen und der Parteien geleistet werden, weitab von den Nazis.

Etwas frischen Wind brachte Anfang des Jahres die „Passauer Aktion Zivilcourage“ (PAZ) in diese ewig und überall gleiche Konfrontation zwischen Bürgerlich-Konservativen, die den Ruf der Stadt retten, und AntifaschistInnen, die die Nazi-Veranstaltungen verhindern wollen. Die PAZ, gegründet anläßlich der NPD-Kundgebung am 7.Februar 1998 in der Nibelungenhalle, versammelte erstmals Bürgerliche und Personen des öffentlichen Lebens, um gewaltfrei die Nibelungenhalle zu blockieren. Was im Februar noch ein Erfolg war - es wurden Unterschriften gesammelt, mit denen neben den prominenten 100 ErstunterzeichnerInnen auch etwa 2.000 Passauer BürgerInnen zusagten, an der Blockade teilzunehmen - verkam beim diesjährigen DVU-Treffen zur Bedeutungslosigkeit. Etwa 500 Menschen wurden von der Halle weggeknüppelt, die die Polizei sofort hermetisch abriegelte. Auf der Demonstration am Nachmittag, für die bundesweit mobilisiert wurde, waren 1.000 Menschen aus dem antifaschistischen Spektrum. Trotz massiver Polizeiübergriffe wertete die AAP die Demonstration als Erfolg.

Ein Grund für das Scheitern der Blockade ist die seit Februar kontinuierlich zunehmende Kriminalisierung der PAZ. Zwar nahm sowohl in Passau als auch überregional eine breite Öffentlichkeit den Ansatz, gewaltfreien Widerstand zu organisieren, positiv auf. Doch die UnterzeichnerInnen der „Passauer Aktion Zivilcourage“ wurden mit Strafanzeigen überhäuft. Zum einen wurden die Verfahren eingeleitet, da offenbar juristisch nicht eindeutig ist, ob eine friedliche Blockade strafbar ist; zum anderen hatten sich die InitiatorInnen auf einer Flugschrift mit der „Antifaschistischen Aktion Passau“ solidarisiert.

Mittlerweile wird bei der PAZ in über 16 Verfahren wegen „Aufruf zu Straftaten“ sowie „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt. Zuvor waren im Mai diesen Jahres, ausgehend vom LKA Bayern und mit Unterstützung der jeweiligen Landeskriminalämter, bundesweit Wohnungen ehemaliger PassauerInnen, die zum Umfeld der „Antifaschistischen Aktion“ zählen sollen, durchsucht worden. 38 Personen werden wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ beschuldigt.

So ist nach dem kurzen Ruck, der anläßlich des „Tages des nationalen Widerstands“ der NPD im Februar durch Passau zu gehen schien, „wieder eine Normalität eingekehrt, die nur als bleiern beschrieben werden kann“, so Eleonore Stern, Mitinitiatorin der „Aktion Zivilcourage“.

Dank dieser einerseits repressiven, andererseits tolerierenden Politik der Stadt Passau können sich auch weiterhin die Neonazis und extremen Rechten in der Dreiflüssestadt versammeln. Auch der geplante Abriß der Nibelungenhalle wird daran nichts ändern.

Jörg Hemmers

Nazi-Aufmarsch in Rostock

Wenn schwarz-rot braun mit grün-weiß marschieren läßt

Ausgerechnet vor dem „Sonnenblumenhaus", das Faschisten 1992 mit Brandsätzen angriffen, um die dort lebenden überwiegend vietnamesischen BewohnerInnen unter dem Beifall etlicher Rostocker BürgerInnen zu vertreiben, wollte die NPD ihre Abschlußkundgebung zur Bundestagswahl durchführen. Es war klar, daß die NPD-Führung um Udo Voigt, Hans-Günther Eisenecker und dem Spitzenkandidaten Torsten Kowalski mit dieser gezielten Provokation ihre Partei in die Medien bringen wollte. Das ist ihr nachhaltig gelungen, ohne daß die Nazis damit groß an Wahlprozenten gewannen.

Schon bald nach dem Bekanntwerden der NPD-Planung begannen AntifaschistInnen in Rostock zusammen mit dem „Bündnis gegen Rechts", das sich nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gegründet hatte, mit der Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch. Das nahe Wahlkampfende zwang die bürgerlich-demokratischen Parteien, sich öffentlich gegen die Nazis zu engagieren und ihnen ihre Show zu stehlen. Die Repräsentanten der Hansestadt Rostock und des Landes Mecklenburg-Vorpommern standen ebenfalls unter Handlungsdruck, da sie das schlechte Image der Touristen-Stadt an der Ostsee, das ihr seit den fürchterlichen Pogromen von 1992 anhing, wieder blankpolieren mußten. Eine gute Voraussetzung, um ein großangelegtes Bündnis gegen Nazis zu arrangieren. Bis auf die CDU unterstützten sämtliche Parteien, Gewerkschaften, die Fachhochschulen, die Universität, die Kirchen sowie kommunale Betriebe und etliche Vereine die Bündnisaktivitäten. 80 Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen bildeten ein strömungsübergreifendes Bündnis. In öffentlichen Verlautbarungen wurde erklärt, einen Naziaufmarsch nicht dulden zu wollen. Praktisch hoffte die Mehrheit des Bündnisses auf ein Verbot des Nazi-Aufmarsches. Der SPD-Oberbürgermeister von Rostock reagierte auch dementsprechend und erließ ein Verbot, das juristisch jedoch nicht bestehen konnte. Das OVG Greifswald beschied, die NPD dürfe aufmarschieren, aber nicht in Rostock-Lichtenhagen, sondern an einem anderen Platz in Rostock. Mit einer kurzen Protestdemonstration, einem großen multikulturellem Friedensfest und einem „Rock gegen Rechts"-Konzert wollten die OrganisatorInnen des Bündnisses auf die Nazi-Provokation reagieren. Insbesondere die bürgerlichen Wahlparteien wollten auf jedem Fall gewalttätige Auseinandersetzungen vermeiden. Die anfängliche Losung „Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock" stellte sich schon recht bald als völlig überzogen heraus. Eine professionelle Werbeagentur wurde beauftragt, einen salopperen, unverfänglicheren Slogan zu suchen, der nicht zuviel versprach. Mit „Bunt statt braun" war der auch schnell gefunden.



Die NPD- und JN -Vorsitzenden Udo Voigt und Holger Apfel (links), Torsten Kowalski (vorn) und Hans-Günther Eisenecker (mit Brille)

Immer dasselbe?

Der Polizei und dem Staatsschutz oblag es nun, die Neo-Nazis fernab von den Bündnisaktivitäten ihren Aufmarsch durchführen zu lassen und jedwede Konfrontation zwischen Antifa und Nazis im Keim zu ersticken. Die NPD mußte die Verschiebung ihres Aufmarsches akzeptieren, was ihr insofern leicht fiel, da ihre Propaganda-Veranstaltung nicht auf BürgerInnen von Rostock ausgerichtet war, sondern auf eine kostenlose Extra-Wahlwerbung vor Millionenpublikum, die sie auch erhielt.

Die NPD-Führungsriege postierte sich am Ende eines Marsches durch das Plattenbau-Viertel Rostock-Dierkow auf einer LKW-Pritsche so, wie man das schon von den „Hess-Märschen" kennt. Entgegen der Berichterstattung in der „Jungle World" durfte der „freie Nationalist" **Christian Worch** öffentlich sprechen. „Wir wollten auf einem Stück Boden stehen", erklärte er vor laufenden Kameras, „der der neuesten deutschen Geschichte noch ein Stück näher ist, noch historischer: in Lichtenhagen, man hat uns nicht gelassen."

Sowohl die über zehntausend AntifaschistInnen als auch die ca. 3.000 FaschistInnen kamen überwiegend aus den neuen Bundesländern. Unter den Faschisten gab es die gewohnte und seit dem Mai-Aufmarsch in Leipzig erprobte Aufgabenverteilung: **Sascha Wagner** aus Rheinland-Pfalz war wieder Leiter des Ordnerdienstes, die „Freien Nationalisten" aus dem norddeutschen Raum waren zum Schutz für das Leitfahrzeug abgeordnet und die NPD-Vorständler **Jürgen Distler** und **Holger Apfel** kümmerten sich um die Kooperation mit der Polizei. Neben Worch, der in Leipzig im Mai nicht reden durfte, sprachen die Bundesvorstandsmitglieder **Udo Voigt**, **Hans-Günther Eisenecker**, die NPD-Spitzenkandidaten von Mecklenburg-Vorpommern, **Torsten Kowalski** und Rechtsanwalt **Peter Stöckicht**, der schon von 1968 bis 1972 für die NPD im baden-württembergischen Landtag saß.

Bei der An- und Abreise kam es wie immer zu Zwischenfällen zwischen AntifaschistInnen und Faschisten. Der Polizeinsatz mit über 6.000 BeamtInnen verlief nach dem gleichen Strickmuster, das seit den Saalfelder Antifa-Demonstrationen trainiert wurde: starke mehrfache Vorkontrollen bis zum Demo-Treffpunkt, Spalier-Begleitung sowie kurzfristige Einkesselung während der Antifa-Demonstration und kurze, heftige Schlagstockeinsätze mit Festnahmen von AntifaschistInnen, die eine direkte Konfrontation mit den Nazis an deren Aufmarschort suchten. Insgesamt gab es in Rostock 117 Festnahmen.

Ungehindert von dem massiven Polizeiaufgebot konnten ca. 60 Nazis tagsüber das antifaschistische Info-Zelt am Hafen angreifen. Die Nazis verletzten zwei Personen durch Steinwürfe. Nach der Aktion flüchteten die Nazis. Einer von ihnen überfuhr einen Antifaschisten und verletzte ihn schwer. Der Halter des Fahrzeugs, **Jens Pohl**, konnte jedoch von Journalisten an einer Tankstelle gestellt werden. Filmaufnahmen der Journalisten wurden von den Nazi-Insassen des Fahrzeugs massiv behindert, sie breiteten eine Reichskriegsflagge über den Wagen aus und griffen die Journalisten an.

Die nächste Antifa-Aktion kommt bestimmt

„Der erste NPD-Aufmarsch in Rostock ist nicht der erste Naziaufmarsch, der nicht verhindert worden ist", schreibt das Antifa-Info-Blatt aus Berlin in seiner aktuellen Ausgabe [Nr. 45/ 1998], „und es wird wohl auch leider nicht der letzte sein. Es wäre aber fatal, wenn wir den Erfolg antifaschistischer Politik alleine am Verhindern bzw. Behindern von Naziaufmärschen messen würden. Der Erfolg, einen breiten Widerstand auf der Straße gezeigt und den Nazis sowohl den räumlichen, als auch gesellschaftlichen Bewegungsspielraum genommen zu haben, ist unter Umständen sogar um einiges größer." Zu ergänzen bleibt, daß die antifaschistische Bündnisarbeit verbessert werden muß. Das Ziel: den Faschisten keinen öffentlichen Raum zur Selbstdarstellung zu überlassen, darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Davon die Sozialdemokratie an der Macht zu überzeugen, war und wird gewiß nicht einfach sein, weil bürgerliche Wahlparteien politisch ein taktisches Verhältnis im Umgang mit FaschistInnen entwickelt haben, das sie immer auch nach dem eigenen Vorteil schielen läßt - und der liegt im Gewinn von möglichst vielen WählerInnenstimmen.

Frauke Rückert

Rechte Szenekneipe „Comico“ in Horb

Seit Mai 1996 betreibt Roberto Kammel im schwäbischen Neckarstädtchen Horb die Gaststätte „Comico“. Diese entwickelt sich mit Jahresbeginn 1997 zu einem frequentierten Treff für die rechtsextremistische Szene über Baden-Württemberg hinaus. Zu größeren Anlässen finden Naziskinheads und Faschisten aus Rheinland-Pfalz, Bayern sowie aus Österreich und der Schweiz den Weg in die Stadt am Neckar.

In Horb selbst existiert eine rechte Szene, die nach Eigeneinschätzung „als eine der größten in Baden-Württemberg“ gilt. Die 1993 verbotene neonazistischen „Heimattreue Vereinigung Deutschlands“ (HVD) hatte in der Umgebung von Horb einige Mitglieder und Aktivisten wie **Björn Hägele**, **André Schmitz** oder **Thilo Surgalla**. Zur aktuellen rechten Szene in Horb gehört neben der militanten Szene auch der Multifunktionär und Gemeinderat der „Republikaner“, **Rodolfo Panetta**. Zuletzt kandidierte Panetta auch für die REP zum Bundestag. Der gebürtige Mailänder und Deutschnationale wird unter den „Kameraden“ wegen seines Engagements und seiner Herkunft auch als Adolfo Paletti bezeichnet.

„Comico“-Wirt Roberto Kammel

Im „Comico“ werden regelmäßig größere Veranstaltungen durchgeführt. Zuletzt wurde am 3. Oktober ein „Abend für nationale Mädels“ veranstaltet. Von den etwa 80 Besuchern gehörte nach Beobachtungen lediglich etwa ein Drittel zum „schwachen Geschlecht“. Dennoch war das ein höherer Frauenanteil als sonst im Publikum des „Comico“. Am 29. August fand in der Horber Gaststätte „Comico“ eine „Saufparty“ mit rund 200 Gästen statt. Im April initiierte der Wirt **Roberto Kammel** ein „Doitsches Grillfest“. Etwa 250 „Kameraden“ sollen laut Presseangabe dem Ruf zum „gemütlichen Grillen und Spanferkelessen“ nach Horb gefolgt sein. In der Vergangenheit kam es wiederholt zu Polizeieinsätzen im Anschluß an die Abende im „Comico“. Beispielswiese wurde im November des vergangenen Jahres ein 20jähriger Skinhead wegen des Hitler-Grußes angezeigt. Gegen vier Skinheads wurde von der Polizei Platzverweis erteilt und außerdem vier Schlagstöcke und eine Schreckschußwaffe beschlagnahmt. Wiederholt wurden Passanten belästigt und bedroht, so auch nach der letzten Silvesterfeier.

„Comico“-Wirt Roberto Kammel, von seiner Kundschaft liebevoll „Fliegenwirt“ gerufen, betrieb zuvor drei Jahre lang die Saufkneipe „Cliff“ in Wildberg (Kreis Calw). Im Calwer Stadtteil Hirsau bestand bis zum Frühjahr mit der „Sonderbar“ eine weitere Szenekneipe im Nordschwarzwald. Tagsüber arbeitete Kammel bis vor kurzem als LKW-Fahrer bei einem Büroausstatter in Böblingen. Inzwischen betreibt er das „Comico“ hauptamtlich. Um ohne den Kraftfahrerjob leben zu können, verkauft Kammel auch verschiedene „T-Hemden“, wie sie im Jargon der rechten Szene heißen. Er vertreibt mittlerweile die braunen Textilien auch über das Internet.

Besonders intensive Kontakte unterhält die neonazistische „Kameradschaft Schwarzwald-Baar“ aus den südlicher gelegenen Landkreisen Rottweil und Villingen-Schwenningen um **Michael Hammer** zum „Comico“ und seinem Wirt. Die „Kameradschaft Schwarzwald-Baar“ führte am 28. August ein Konzert („Der Eintritt fließt voll in die Kameradschaftsarbeit“) mit dem braunen Barden **Frank Rennicke** in dem heruntergekommenen Landgasthaus „Wurzelstube“ in Bräunlingen-Döggingen/Schwarzwald-Baar-Kreis durch. Vor Ort war auch Kammel, der Wirt vom „Comico“. Im Vorjahr fand in der „Wurzelstube“ am 15. August bereits ein Konzert mit den baden-württembergischen Naziskin-Bands „Foierstoß“ und „Wolfsrudel“ vor rund 150 Zuhörern aus der Skinhead- und Neonaziszene statt. Als Organisator fungierte Michael Hammer, der früher der HVD angehörte. Im Vorfeld der Bundestagswahl gab es wiederholt gewalttätige Aktionen gegen Politiker der Linken. Bei einem angekündigten Auftritt von Gregor Gysi in Villingen-Schwenningen gab es im Internet einen Anti-Antifa-Aufruf: „KAMERADEN, laßt uns diesen Mann gebührend empfangen! - Nationaler Befreiungskampf fängt in der Heimatgemeinde an!“ Wenige Wochen später fand ein heimtückischer Überfall auf den PDS-Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Tuttlingen-Rottweil statt. Ungefähr zehn Personen fielen mit Fäusten und Baseballschlägern bewaffnet über den 24 Jahre alten Antifaschisten und einen Begleiter her. Die Polizei vermutet die Täter, dieses Mal sicherlich zu Recht, in den Kreisen des „Nationalen Widerstandes“.

Eine „Nationale Initiative: Rettet das Comico“ versucht seit geraumer Zeit schon Geld für den Erwerb der gesamten Immobilie in Horb zu sammeln. Ziel ist es, 750.000 Mark für den vermuteten Kaufpreis des mit einer Hypothek belasteten Anwesens aufzubringen. Der aktuelle Stand der Sammlung liegt bei etwas über 61.000 Mark. Aber auch ein Umzug in eine größere Gaststätte in der Umgebung von Horb ist von Kammel schon angedacht. Damit stünde auch eine Räumlichkeit für Konzerte zur Verfügung. In jedem Fall hat Kammel gegenüber der Lokalpresse seine Bereitschaft unterstrichen, mit seinem „Comico“ weiterzumachen.

Schwedische Rechtsradikale unter 'ferner liefen'

Wie schon in den Niederlanden im Mai diesen Jahres war auch der Ausgang der schwedischen Reichstagswahl am 20.9.98 von einer starken Zunahme auf der Linken geprägt. Die aus der KP hervorgegangene Vänsterpartiet (Linkspartei) konnte ihren Stimmenanteil von 6,2% auf 12,0% fast verdoppeln. Sie wird zusammen mit den 0,5% einbüßenden Grünen (jetzt 4,5%) die sozialdemokratische Minderheitsregierung zukünftig tolerieren, wenn diese von ihrem bisherigen sozialen Kahlschlagskurs abrückt, die 35 Stunden-Woche einführt und in großem Umfang neue Arbeitsplätze im Staatssektor schafft.

Die rechtsradikalen Parteien Schwedens liegen derweil ziemlich am Boden. Die den REP vergleichbare, fremdenfeindlich-populistische „Ny Demokrati“ (Neue Demokratie), die 1991 noch fast aus dem Stand auf 6,7% der Stimmen kam und 25 Abgeordnete in den Reichstag entsandte, durchlebt bereits seit längerem eine heftige Krise und verzichtete erneut auf eine Kandidatur. Der seit Mitte Mai amtierende Parteivorsitzende **Anders Gustafsson** (ein Mittdreißiger) ist seit Januar 1997 bereits der vierte, der sich auf diesem Posten versucht.

Die, der NPD ähnelnden, neofaschistischen „Sverigedemokraterna“ (Schwedendemokraten, SD) ihrerseits erhielten bei ihrer Kandidatur am 20.9. gerademal 19 624 Stimmen = 0,2%. Besser schnitten die SD unter ihrem Parteiführer **Mikael Jansson** und seinen Stellvertretern **Johan Rinderheim** und **Anders Westergren** bei den diesjährigen Kommunalwahlen ab. In fünf Kleinstädten und Dörfern gelang es ihnen mit Stimmanteilen zwischen 1,8% und 5,2% insgesamt 8 Mandate zu gewinnen.

Stefan Peter

Nicht der Zukunft zugewandt: „Transparenz der Medien“

„Kampforgan wider die öffentlich-rechtliche Medienlandschaft“ besteht fort

Seit der Vorsitzende des rechtslastigen, als gemeinnützig anerkannten Erlanger Vereins „Bürger fragen Journalisten“ (BfJ), Hansjörg Klein im März letzten Jahres in einem Brief an die Abonnenten des vereinseigenen Kampfblattes „Transparenz der Medien“ (TM) nach dem Ausbleiben einer (sic!) Großspende dessen Einstellung bekanntgab, galt das Blatt als nicht mehr existent.

Allerhöchstens wurde, wie z.B. von **Carlos E. Izquierda** in der rechtsextremen „Jungen Freiheit“ (JF), orakelt, daß mit „einer reduzierten TM die vereinsinterne Information und Kommunikation aufrecht erhalten bleiben“ solle.

Und just jene marode rechtsextreme Wochenzeitung informierte jüngst in einem Bericht über die 13.Erlanger Medientage des BfJ, daß deren „Informationsorgan Transparenz der Medien“ weiterhin „monatlich bundesweit erscheint und vor allem in Medienkreisen Beachtung findet“ - eine quasi-Aufforderung zur Recherche ...

Die bei demokratischen Medien nur sehr bedingt bekannte TM scheint mittlerweile finanziell konsolidiert. Dazu tragen wohl auch Anzeigenkunden wie z.B. die Bayerische Landesbank, ein Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, bei. Diese hat immerhin in der jüngsten Ausgabe eine ganzseitige Anzeige geschaltet. Optisch hat sich bis auf das Papierformat (halbiert auf A4) und die Papierqualität (deutlich verbessert) wenig geändert. Gespart wurde vor allem im Impressum: Dort fehlt jeglicher Hinweis auf eine zuvor stets genannte vielköpfige Redaktionsgemeinschaft ebenso wie eine ISSN-Nummer. Als Herausgeber fungiert jedoch - wie gehabt - der BfJ, dessen Vorsitzender - nach wie vor - presserechtlich verantwortlich zeichnet. Außer ihm schreiben erneut von früheren Ausgaben bekannte Namen wie **Sylvia Green-Meschke** oder **Chris Hagen**.

Inhaltlich erscheint das Blatt unverändert: Nach wie vor agiert es mit tendentiöser, aggres-



siver und teilweise auf niedrigstem Niveau angesiedelter Agitprop gegen eine angenommene linke Medienvormacht, „Denkverbote“, 68er, Grüne oder öffentlich-rechtliche Sendeanstalten. So läßt sich z.B. ein HJK (ein Kürzel, hinter dem wohl zu Recht **Hansjörg Klein** vermutet werden darf) in einem ganzseitigen Artikel über ein Spiegel-Interview aus, das Stefan Aust mit Joschka Fischer, dem „militanten Demonstranten ... gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Republik“, so HJK, geführt hatte. Die aus alten TM-Ausgaben gewohnten Defizite des BfJ im Umgang mit nicht genehmen gesellschaftlichen und politischen Realitäten werden in diesem Artikel gänzlich ausgelebt. Äußerungen wie: „Daß Fischer im Bundestag sitzt, ist schon schlimm genug. Aber ein Sitz im Kabinett - bei dieser Vergangenheit - wäre ein Verbrechen an Deutschland“, sind nicht Ausrutscher, sondern Ausdruck einer fragwürdigen Weltsicht, ebenso Sätze wie: „ ...(Fischers) Gesinnungsgenosse Stefan Aust, ... Ziehkind von Rudolf Augstein, der seine journalistische Karriere mit revolutionären Ergüssen in der Hamburger Sexpostille 'St.-Pauli-Nachrichten' startete ...“.

Laut Selbstdarstellungen propagiert der Verein BfJ den Kampf gegen „tendenziöse Berichterstattung, Meinungsmanipulation und Machtmißbrauch in den Medien. Die Bürgerinitiative strebt eine Rückkehr zu sachgemäßer und wahrheitsgetreuer Information und ansprechender Unterhaltung an“ - der Artikel eines HJK verdeutlicht dies anschaulich ...

Nationale Neuformierung in den Niederlanden

Nach dem blamablen Abschneiden der niederländischen „Centrumsdemokraten“ (CD) bei den Parlamentswahlen vom 6.5.98 rumort es heftig im „nationalen Lager“. Obwohl ohne Konkurrenz auf der äußersten Rechten angetreten, kamen die CD nur noch auf 0,6% (-1,9%) und verloren ihre 1994 errungenen drei Parlamentssitze (damals hatte darüberhinaus die „Centrumspartij 86“ 0,4% bekommen).

Auf die verbreitete Unzufriedenheit mit der CD-Führung um **Hans Janmaat** versuchen jetzt verschiedene rechtsradikale Kreise mit der Gründung einer „Nieuwe Nationalpartij“ (Neue Nationalpartei, NNP) zu antworten. An der im Juli erfolgten Gründung waren neben bekannten Einzelpersonen, CD-Gruppen aus den Regionen Limburg, Brabant und Zeeland, der CD-Gemeinderat **A. Bierhuizen**, der niederländische Ableger von „Voorpost“ sowie die „Volksnationalisten der Niederlande“ (VNN) unter **M. Hoogstra** beteiligt.

Die neue Partei soll zu einer „allgemeinen nationalistischen Fusion“ führen und will schwerpunktmäßig die Kriminalität und die Einwanderung bekämpfen. Ob sich dafür die Mehrheit der in CD, CP 86 und NVP-CP 86 organisierten niederländischen Rechtsradikalen begeistern wird, ist fraglich. Allerdings beschloß die VNN auf einem Kongreß am 17.10. ihre Verschmelzung mit der NNP. Und auch wenn **Egbert Peree** als Parteichef der NNP fungiert, dürften sie und ihr Führer Hoogstra in der neuen Partei, die angeblich bereits bei ihrer Gründung 300 Mitglieder hatte, eine wichtige Rolle spielen. Die Internet-Seiten von VNN und NNP zumindest sind kaum voneinander zu unterscheiden.

Begrenzter Erfolg der „One-Nation-Party“ in Australien

„Pauline Hanson's One-Nation-Party“ (so übrigens der offizielle Name der Partei!) erzielte bei den vorgezogenen australischen Parlamentswahlen am 3.10.98 mit 907 278 Stimmen (= 8,45%) zwar wiederum einen bedeutenden Achtungserfolg, blieb aber dennoch weit hinter den Erwartungen zurück. Der mit offen rassistischer Agitation gegen die australischen Ureinwohner und die Neueinwanderer aus Südostasien sowie mit dubiosen Steuersenkungsversprechen auf Wählerfang gehende Verein hatte sich nach dem Schockergebnis von 25% bei den Wahlen zum Regionalparlament von Queensland Mitte Juni deutlich mehr ausgerechnet. Allgemein waren der Truppe um die rassistische Barbesitzerin **Pauline Hanson** bei ihrem nationalen Debut mindestens 10% zugetraut worden.

Grund für die vorübergehende Redimensionierung ist die zugespitzte Situation auf Bundesebene, wo nach dem erfolgreichen Massenstreik der Hafenarbeiter die Entscheidung zwischen einer Fortführung der thatcheristischen Kahlschlags- und Umverteilungspolitik von unten nach oben der Koalition aus Liberal und National Party oder eine Rückkehr zur „sozialverträglichen“ Kürzungs- und Deregulierungspolitik der erst 1996 abgewählten Laborparty anstand. Liberal und National Party konnten diesen Kampf zumindest am 3.10. trotz spürbarer Verluste knapp für sich entscheiden. Die „One-Nation-Party“ blieb aufgrund des sehr speziellen australischen Wahlrechts ohne Unterhaussitze und errang nur einen Sessel im Senat.

Matthias Rauch

Burschenschaftliche Feierstunde in der Paulskirche

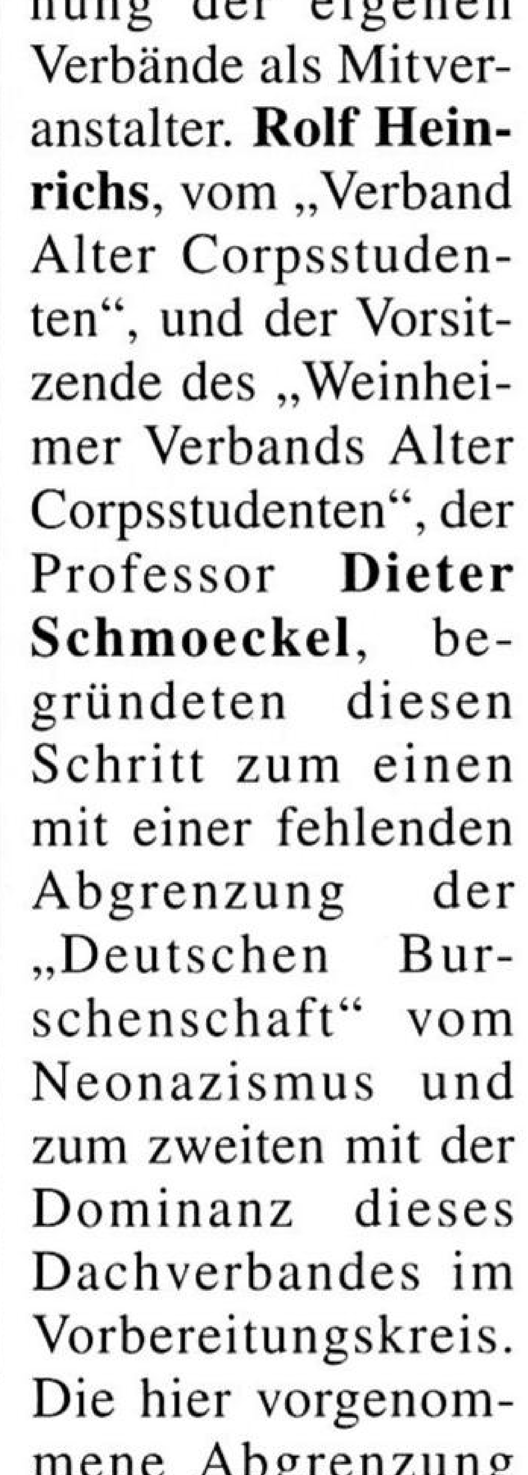
Im Rahmen der zahlreichen Veranstaltungen zum 150jährigen Jubiläum des Paulskirchen-Parlamentes wollten auch die deutschen Korporationsverbände ihren Beitrag zur Geschichtsverfälschung bringen. Man wollte aus dem Ruch des Neonazismus heraustreten und sich gar durch die Beteiligung von Burschen an der 1848-Bewegung zum Wegbereiter und Verteidiger der Demokratie stilisieren.

Ein halbes Jahr nach Beginn der Feierlichkeiten zum Paulskirchen-Parlament bot die Stadt Frankfurt auch dem Ad-hoc-Bündnis „Die Akademikerverbände" die Möglichkeit an der deutschen Geschichte mitzuschleifen. Waren während des vorangegangenen halben Jahres die Strömungen von 1848 von judenfeindlichen Pogromen und nationalistischer Eiferei bereinigt worden, griffen die Korporationsverbände diese Vorarbeiten willig auf. Doch vor den zahlreichen Reden standen ebenso viele Probleme. Die Vergabe an die Korporationsverbände war an die Bedingung geknüpft, daß die „Deutsche Burschenschaft" wegen ihres rechten Gedankengutes nicht im Vordergrund stehen sollte. So wurde unter maßgeblicher Mitarbeit des CDU-Rechtsaußen **Bernhard Mihm** die Idee eines korporationsübergreifenden Bündnisses geboren: „Die Akademikerverbände" unter Leitung von **Günter Paul** vom „Corps Saxonia Leipzig" aus Frankfurt. Doch schon hier offenbart sich erneut, wie schwer es ist innerhalb der Korporationsverbände einen des Neonazismus unverdächtigen für eine Funktion zu finden. Gehört doch Paul, wie diverse seiner Mitstreiter, zu den Teilnehmern des „Junge Freiheit"-Leserkreises „Staatspolitischer Club" in Frankfurt und ist auch ansonsten in besagten Kreisen kein Unbekannter.

Neben der „Deutschen Burschenschaft" (DB), der „Neuen Deutschen Burschenschaft" (NDB), dem „Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen" beteiligte sich auch der Dachverband aller deutschen Verbindungen, der „Cartellverband deutscher Akademikerverbände" (CDA) im Auftrag seiner ca. 140.000 assoziierten Mitglieder an der Veranstaltung. Auch andere Verbände beteiligten sich anfangs an der Planung, entschieden sich dann aber gegen eine Beteiligung



Würden auch sie gerne auf den Barrikaden stehen?



bzw. gegen eine Nennung der eigenen Verbände als Mitveranstalter. **Rolf Heinrichs**, vom „Verband Alter Corpsstudenten", und der Vorsitzende des „Weinheimer Verbands Alter Corpsstudenten", der Professor **Dieter Schmoeckel**, begründeten diesen Schritt zum einen mit einer fehlenden Abgrenzung der „Deutschen Burschenschaft" vom Neonazismus und zum zweiten mit der Dominanz dieses Dachverbandes im Vorbereitungskreis. Die hier vorgenommene Abgrenzung zum Neonazismus sollte man zwar zur Kenntnis nehmen, sie ist vielleicht als Argument in Diskussionen hilfreich, den scheinheiligen Worten zu glauben ist aber eine andere Sache. Auch die NDB hatte sich aus Anlaß rechter Tendenzen gegründet - die dritte Strophe der Nationalhymne sangen ihre Mitglieder auf dem Kommers am Samstag aber dennoch mit, weil - wie ein Teilnehmer gegenüber der „Frankfurter Rundschau" sagte - es so ein schönes Lied sei.

Doch auch ein weiterer Grund für die Teilnahme an den Veranstaltungen ist interessant. Kritikpunkt der nicht teilnehmenden Verbände war die Integration des Festaktes in den „6.Deutschen Akademikertag". Während auf dem Festakt der Anschein einer Bejahung der Europäischen Union, der Demokratie und von Toleranz gegeben wurde, spannte das Rahmenprogramm den Bogen vom elitären Denken innerhalb der Verbindung zum Neonazismus. Zwar beteiligte sich an diesem Rahmenprogramm nur ein Teil der Verbindungen, die anderen blieben ihnen fern, wohl auch wegen der Referenten (siehe unten). Eine Abgrenzung ist dies aber nicht.

Zum einen wurden Festakt und Rahmenprogramm vom selben Personenkreis vorbereitet, zum anderen ist die Nichtteilnahme keine Abgrenzung, wenn man am nächsten Tag wieder freundschaftlich zusammensitzt. Den eingeladenen Gästen Petra Roth, Rita Süßmuth, dem Präsidenten der Frankfurter Universität Werner Meissner sowie dem hessischen Landtagspräsidenten Peter Möller wurde an einem Tag für ihre Toleranz gedankt, so der Wortlaut. Den Dank erntete wohl eher das Übersehen von Rednern wie **Karlheinz Weißmann**, dem Professor **Lothar Höbelt**, Autor in der österreichischen „Aula" und in „Criticón", sowie dem Rechtsanwalt **Klaus Kunze**. Dieser verteidigte u.a. Mitglieder der verbotenen „Nationalistischen Front" wegen Fortführung einer verbotenen Organisation in Braunschweig, aber auch die früheren FAP-Funktionäre Thorsten Heise, Karl Polacek und Stefan Koller. Auch schreibt er für diverse rechte Zeitungen und kann auf eine bewegte Parteikarriere in der Rechten zurückblicken.

Auf dem Programm stand auch eine Rede des BFB-Generalsekretärs **Heiner Kappel** während des Festkommerses. Der anfangs trockenen Rede wurde erst mit Beifall gedankt, als Kappel nacheinander in griffiger Form die Themen des modernen Neonazismus abhandelte. Konnten seine theoretischen Gedanken über die Parallelen von 1848 zur Krise des Parteienstaates die ca. 350-400 Anwesenden nicht begeistern, ernteten seine Polemiken gegen die Aufgabe der nationalen Identität, gegen die Asylgesetzgebung, die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen Abtreibung den ersehnten Beifall und konnten letztendlich die Zuhörer doch auf seine Seite ziehen.

„Die Gedanken sind frei" oder „wohl dem deutschen Vaterland"?

Die Zeilen aus Liedern, die während des Festaktes gesungen wurden, sangen Kämpfer auf den wenigen Barrikaden von 1848, sangen Burschen in den vergangenen 150 Jahren. Petra Roth betonte, daß Burschen am Hambacher Fest, am Wartburg-Fest, an den als Revolution dargestellten Unruhen von 1848/49 und am Paulskirchen-Parlament beteiligt waren. Hierin gründete sie ihre Teilnahme - die anderen Festredner stimmten dieser These zu. Nur: Schon auf dem Wartburg-Fest hatte sich der reaktionäre Geist der Burschen gezeigt. Die erste Bücherverbrennung in der deutschen Geschichte sollte symbolisch die Gedanken von Liberalen, Demokraten und Juden vernichten. Auch französische Autoren kamen symbolisch auf den nationalistischen Scheiterhaufen, wegen ihrer undeutschen Gedanken. Die Burschen forderten zwar eine Machtverschiebung, Demokratie und eine Beteiligung des entstehenden Proletariats wollten sie ebensowenig wie die meisten Paulskirchen-Parlamentarier. Mit dem Hinweis auf das Nationalheiligtum Bürgerliche Revolution sollen die blutgefärbten Seiten der Burschen-Geschichte zugedeckt werden. Die oben genannte Zeilen sangen Burschen auch, als sie in Freikorps Sozialisten niederschlachteten, ihre Verbände von Juden reinigten, sich in zahlreichen Funktionen am Nationalsozialismus beteiligten und hierfür sogar ihre Verbände aufgaben - zum Wohl des

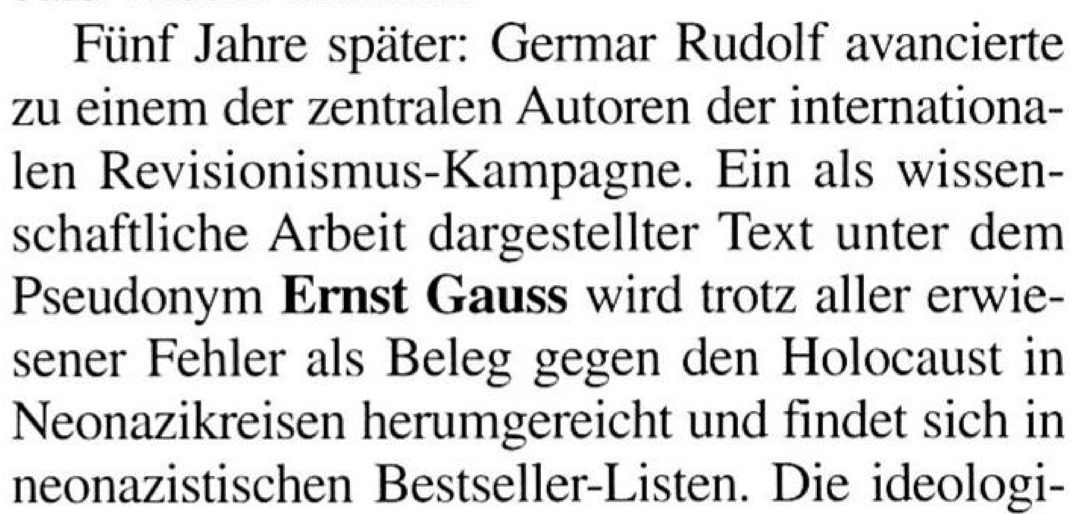
Volkes und der Partei. Vor dieser Geschichte reicht es kaum, wenn Burschen und Angehörige von studentischen Verbindungen nicht den Worten von Karlheinz Weißmann und anderen lauschen wollen. Solange das einzige, was man von Studentenverbindungen zu diesem blutroten Faden durch ihre Geschichte hört, die Beschönigung der eigenen Geschichte in Verbandszeitungen und zugehörigen Verlagen ist, bleiben sie Keimzellen für Vaterlandseiferer.

Ein kleines Beispiel hierfür zum Schluß: Presssesprecher des CDA ist **Gerhard Serges**; seine Verbindung „Marcomannia" hatte lange Zeit keine eigenen Verbindungsräume, so schloß man sich mit der „Verein Deutscher Studenten zu Frankfurt am Main" zusammen. Unabhängig davon, daß diese eine der wenigen Verbindungen ist, deren neonazistisches Denken zu einem Ausschluß aus einem Dachverband VDSt führte. Dies war in den 70er Jahren.

Zwar hat man mittlerweile wieder eigene Räume, eine enge Freundschaft besteht dennoch bis heute. Und so bekommt Serges bis heute regelmäßig Einladungen für Veranstaltungen des VDSt Frankfurt. Mal sollte er den Worten von ex NPD-Chef **Günther Deckert** lauschen, und nachdem dieser durch den Aufenthalt im Gefängnis längerfristig verhindert war, fanden sich ebenso wortreiche Vertreter: die sehr aktiven Studenten **Thilo Stratemann**, zeitweilig Mitglied der Redaktion der „Jungen Freiheit", und **Germar Rudolf** referierten hier und Serges lernte sie auch kennen. Mit anderen gründeten die beiden Ende der 80er Jahre den „Republikanischen Hochschulverband" (RHV), der sich allerdings auch bald wieder auflöste.



Deutsche Burschenschafter beim 150sten Paulskirchen-Jubiläum



Fünf Jahre später: Germar Rudolf avancierte zu einem der zentralen Autoren der internationalen Revisionismus-Kampagne. Ein als wissenschaftliche Arbeit dargestellter Text unter dem Pseudonym **Ernst Gauss** wird trotz aller erwiesener Fehler als Beleg gegen den Holocaust in Neonazikreisen herumgereicht und findet sich in neonazistischen Bestseller-Listen. Die ideologische Vorherrschaft die der RHV bei den „Republikanern" einforderte gelang nun Germar Rudolf im neonazistischen Spektrum.

So eng sind die Verknüpfungen zwischen den zentralen Funktionären der Verbindungen und Wortführern des Neonazismus wie dem mittlerweile nach seiner Heirat **Germar Scheerer** heißenden Autor.

Lars Kohn

Das erste Mal

„Witikobund" mußte Tagungsort verlegen

Der Bundesvorstand des „Witikobundes" (WB) kochte. Waren doch „das freie Wort, die Grundrechte der Meinungs- und der Versammlungsfreiheit [...] in Gefahr". Was war passiert? Das für das Wochenende vom 2. bis 4. Oktober 1998 geplante WB-Jahrestreffen mußte von Neu-Ulm nach Nürnberg verlegt werden.

Und das „zum ersten Mal seit fünfzig Jahren", wie es in einem unter anderem vom WB-Vorsitzenden **Horst Rudolf Übelacker** unterzeichneten Brief kurz vor dem Treffen an die „Kameradinnen und Kameraden" hieß. Der „Witikobund", der sich als „nationale sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft" versteht, sehe sich „nach sorgfältiger Abwägung allen Für und Widers" zu einer räumlichen Verlegung veranlaßt. Grund war ein antifaschistisches Bündnis, das Protest gegen das Treffen angemeldet hatte. So wurde das Treffen in das Hotel „Deutscher Hof" in Nürnberg verlegt. Bereits im „WitikoBrief" hatte Übelacker rumgenörgelt: „Die Freiheit von Wort und Schrift muß ebenso verteidigt werden wie die Koalitions- und Versammlungsfreiheit. Es muß Schluß gemacht werden mit den Ausgrenzungen aller Art, die in Deutschland zunehmend auf dem Vormarsch sind, sich geradezu seuchenartig ausbreiten."

Damit dürfte insbesondere gemeint sein, daß der „Witikobund" in jüngster Vergangenheit Gegenstand von parlamentarischen Anfragen in den Landtagen von Nordrhein-Westfalen und von Baden-Württemberg geworden ist. Noch mehr getroffen haben dürfte den WB aber, daß das „Gerhart-Hauptmann-Haus" in Düsseldorf (vgl. DRR Nr. 46) „Raumanmietungen" für den „Witikobund" „bis auf weiteres storniert" hat. Das gleiche soll auch für den „Bund Freier Bürger" gelten. So entschied zumindest der Trägerverein „Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus. Deutsch-osteuropäisches Forum" bei seiner Kuratoriumssitzung Ende Juni diesen Jahres. „Der Witikobund wird den Bescheid nicht hinnehmen", kommentierte der scheidende Schriftleiter des „WitikoBriefes", **Hans-Ulrich Kopp**, die Entscheidung. Kopp, Burschenschafter bei der rechtsradikalen „Burschenschaft Danubia München", stellte beim Jahrestreffen der „Witikonen" sein Amt zur Verfügung. Nach Eigenangaben habe ihm „die Arbeit am Witikobrief Freude gemacht". Seit September 1992 habe er 35 Ausgaben der Schrift verantwortlich geleitet. Mit der aktuellen Nummer gibt er die Schriftleitung wegen seiner „erfolgreichen beruflichen Laufbahn" ab. Übernehmen wird die Schriftleitung des „WitikoBriefes" voraussichtlich eine „mehrköpfige Redaktion", der Kopp viel „Kraft durch Freude" wünscht.

Die „Nürnberger Nachrichten" berichteten von rund 70 Mitgliedern des „Witikobundes", die ihr Jahrestreffen auch in Nürnberg nicht unbehellig durchführen konnten. Wegen einer antifaschistischen Demonstration vor dem Tagungshotel, zogen es die „Witikonen" vor, den Veranstaltungsort bereits am Samstagabend zu verlassen. Geplant war das Treffen bis zum Sonntag gewesen. Laut interner Programmankündigung wollte der „Witikobund" bei der Jahrestagung unter anderem über die Themen „Sudentendeutsche Volksgruppe und deutsches Volk im Europa von morgen" und „50 Jahre Witikobund - 50 Jahre Kampf für Recht und Wahrheit" debattieren.

Im „WitikoBrief" war bereits vor einigen Jahren ein Modell für die Arbeit der „Vertriebenen" im „Europa von morgen" vorgestellt worden. Die „Vertriebenen" sollen sich „allzeit" für die Interessen der „in den Oder-Neiße-Gebieten und im Sudetenland verbliebenen Landsleute" einsetzen. Ein „Volksgruppenrecht" müsse gefordert werden, das den „dortigen Deutschen in ihrer Gesamtheit deutsch zu bleiben ermöglicht" und das „Autonomieregelungen für solche Gebiete vorsieht", in denen Deutsche einen „wesentlich mitbestimmenden Faktor darstellen". Auch sollten die „Vertriebenen" dafür eintreten, daß die „Rußland- und Kasachstan-Deutschen nicht hinter der Wolga", sondern in „Nordostpreußen ihre künftige Heimat" bekommen. Trotz „aller Hoffnungslosigkeit im Augenblick" müsse die „europäische Karte" im Auge behalten werden: „Je stärker sich Europa in Zukunft politisch integriert, desto stärker werden als Ausgleich zum zentralen Regiment die Regionalisierungstendenzen."

In Konsequenz würde sich „mehr und mehr" das Bewußtsein bilden, daß es „bestimmte Volksgruppen" gebe, die sich vom „jeweiligen Mehrheitsvolk" unterscheiden. Das „Problem deutscher Volksgruppen" werde so nicht mehr ein „spezifisches Problem des deutschen Staates und deutscher Menschen" sein, sondern ein „europäisches". Diesem könnten sich die „Vertriebenen" zusammen mit „europäischen Partnern" wie „Basken, Bretonen, Sarden, Aostanern, Szeklern usw." widmen. Noch sei das „Zukunftsmusik", weil „traditionell gleichgeschaltete Zentralstaaten wie Frankreich" hierin einen „Sprengsatz zum Nachteil ihres bisherigen Nationalverständnisses" sehen würden: „Aber auf die Dauer gesehen ist hier wirklich etwas drin."

Samuel Salzborn

Differente Ergebnisse

Wahlen in Lettland und Polen

Anfang Oktober wurde in Lettland ein neues Parlament gewählt. Etwa eine Woche später fanden in Polen Kommunalwahlen statt. Während das erste Ereignis im Vorfeld für Aufsehen gesorgt hatte, weil Joachim Siegerist „auf dem Sprung zum Ministerpräsidenten von Lettland" (so die „Junge Freiheit") gesehen wurde, fanden die ersten Regionalwahlen nach der Gebietsreform in Polen nur wenig Beachtung.



Heinrich Kroll von der „Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen ..."

Im lettischen Parlament, der Saeima, werden künftig nur noch sechs Fraktionen vertreten sein. Vor den Wahlen waren es 13 Gruppen und Fraktionen. Nicht mehr dabei: die sogenannte „Siegerist-Partei", die „Volksbewegung für Lettland". Die mittlerweile in „Signal" umbenannte neofaschistische Zeitschrift „Europa Vorn" hatte noch über die Chancen von **Joachim Siegerist** auf das Amt des Ministerpräsidenten orakelt: „Eine Chance hat er, und er wird alles tun, um sie zu nutzen!"

Der 1947 geborene Siegerist war 1993 zum ersten Mal in die Saeima in Riga eingezogen. Damals noch für die „Lettische Bewegung der Nationalen Unabhängigkeit" (LNNK). Erst nach seinem Ausschluß aus der LNNK-Fraktion gründete Siegerist die „Volksbewegung für Lettland". Bei der Wahl 1995 erreichte diese mit über 15 Prozent 16 Mandate im lettischen Parlament. Auf die Frage der „Jungen Freiheit", warum Siegerist sich in Lettland engagiere, erklärt dieser, daß es „der letzte Wunsch" seines Vaters gewesen sei, daß er „nach der Befreiung Lettlands zurückkehre an unsere Wurzeln". Sein Vater war lettischer Staatsbürger. Außerdem, so Siegerist weiter, sei er „erklärter Gegner des Kommunismus". Im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl hatte der Vorsitzende der „Deutschen Konservativen" durch Anzeigenkampagnen gemeinsam mit dem ehemaligen Berliner Innensenator **Heinrich Lummer** (CDU) gegen eine „Volksfront-Regierung aus Rot-Grün und PDS" als eine „Horror-Vorstellung für unser deutsches Vaterland" agitiert. Der ehemalige Redakteur der „Bild"-Zeitung und der „Hörzu", Siegerist, wurde Ende letzten Jahres in zweiter Instanz wegen „Volksverhetzung" zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt. Erst kürzlich zeichnete er verantwortlich für den Bau einer deutschen Soldatenkapelle in Lettland.

Bei den Wahlen in Polen hingegen war die „deutsche Minderheit" bedeutend erfolgreicher als Siegerist in Lettland. Am 11.Oktober fanden die ersten Wahlen für die neu zu schaffenden polnischen Regionalparlamente statt. Diese werden mit Beginn des kommenden Jahres und der Umsetzung einer umfassenden Gebiets- und Verwaltungsreform ihre Arbeit aufnehmen. Die Reform beinhaltet im wesentlichen die Reduzierung von bisher 49 auf nur noch 16 Regionen (Wojewodschaften). Zudem ist sie verbunden mit der Stärkung der politischen Kompetenz der einzelnen Regionen. Durch die den Wojewodschaften zuerkannte Größe und die damit innenpolitisch verbundene Relevanz, dürfte der Wahl weitaus größere Bedeutung beizumessen sein, als nur die Funktion eines „Stimmungsbarometers".

Die Vertreter der „deutschen Minderheit" haben bei der Wahl in den drei Landkreisen Opole, Krapkowice und Strzelce Opolskie einen deutlichen Erfolg erzielt. Diese Landkreise gehören zu der elf Kreise und eine kreisfreie Stadt umfassenden Wojewodschaft Opole. Die „Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien" (SKGD) hat dort jeweils die Mehrheit erreicht. Im Kreistag von Opole werden Vertreter der „deutschen Minderheit" nach Angaben von „dpa" auch mehr als die Hälfte der Sitze einnehmen. Der Wahlerfolg sei, so SKGD-Vorsitzender **Heinrich Kroll**, ein „Signal zur Rückkehr" für „Schlesier", die in den vergangenen Jahren nach Deutschland übergesiedelt seien. Vor allem in den Bereichen Schule und Kultur werde der Einfluß der „deutschen Minderheit" zunehmen. Mitte des Jahres hatte bereits **Gerhard Bartodziej**, Präsident des „Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen" (VdG), erfreut festgestellt, daß die Lage der „deutschen Volksgruppe" seit 1990 sich „zum Besseren hin" verändert habe. Nicht verwunderlich, kamen doch von 1990 bis 1997 mehr als 175 Millionen Mark des Bundesinnenministeriums der „deutschen Minderheit" in Polen zugute.

Zu den 28 Organisationen der „deutschen Minderheit" in Polen, die im VdG als Dachverband zusammengeschlossen sind, gehört auch die SKGD mit ihrem Vorsitzenden Kroll. In einem Schulungsheft des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) von 1990 wird als Krolls Hauptaufgabe definiert, dem „Exodus der Schlesier Einhalt zu gebieten" und dafür zu sorgen, daß „die in Oberschlesien gebürtigen Deutschen sich wieder zu Hause fühlen können". Kroll hingegen faßt sich kürzer: „Wir Schlesier sind hier zu Hause, die Polen sind hier nur zu Gast."

AN draußen vor der Tür

Dem Bemühen der - hauptsächlich aus dem neofaschistischen MSI hervorgegangenen - italienischen „Alleanza Nazionale" (AN) um Aufnahme in die rechtskonservative UPE-Fraktion des Europaparlaments, der u.a. auch die gaullistische Partei RPR des französischen Staatspräsidenten **Jacques Chirac** angehört, ist vorerst kein Erfolg beschieden. Chirac persönlich intervenierte am 4.9.98 und erwirkte eine Verschiebung des, für den 9.9. in Lissabon geplanten, Treffens der UPE-Spitze mit der AN-Führung, auf dem die heiß ersehnte Aufnahme in den Kreis der „seriösen" europäischen Rechten vollzogen werden sollte. Da außer Chirac sich alle bedeutenden RPR-Politiker, wie z.B. Parteichef **Seguin** und der Verantwortliche für die internationalen Beziehungen des RPR, **Pierre Lellouche**, eindeutig dafür aussprechen, deutet alles nur auf eine Verlängerung der Schamfrist hin.

„Alleanza Nazionale" arbeitet derweil schon an einer Amerikanisierung ihres Parteilebens und hält nach US-Vorbild in Rom derzeit „Primaries" (Vorwahlen) zur Kür ihrer Kandidaten für die Provinzwahlen im November ab, was der rechte Parteiflügel, in Gestalt von **Publio Fiori**, nicht ohne Grund als „Narrenstreich" bewertet.

Geschichtsrevisionisten mit Kaderproblemen

Das Alter und die Rassismus-Strafnorm machen der Prominenz unter den Schweizer Holocaust-Leugnern und Antisemiten zunehmend zu schaffen. Erst im Herbst letzten Jahres von einem Baseler Strafgericht erstinstanzlich zu einer Haftstrafe verurteilt, büßte **Ernst Indlekofer** (ehemaliges Mitglied der rechtskonservativ/rechtspopulistischen „Schweizer Volkspartei") Ende August die versandfertige neueste Ausgabe seines Hetzblättchens „Recht + Freiheit" bei einer Hausdurchsuchung ein, durfte im Anschluß zwei Wochen im Knast verbringen und hat nun gleich das nächste Verfahren wegen der bei jener Hausdurchsuchung sichergestellten Unterlagen sicher. Nicht besser erging es dem 75jährigen Herausgeber und Redakteur der neonazistischen Zeitschrift „Eidgenoss", **Max Wahl**, der Mitte September im Bezirk Winterthur zu einer 45tägigen Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde und das Verfahren prompt als „Gesinnungsprozeß nach stalinistischem Muster" geißelte. Kurz zuvor war ein 48jähriger Freiburger vom Strafgericht in Chatel-St.Denis wegen des Aufhängens antisemitischer Plakate und Verteilens entsprechender Flugblätter zu 4 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden.

Der 78jährige ehemalige Wehrmachtsoffizier und Chef des auf revisionistische Pamphlete spezialisierten „Neue Visionen"-Verlages, **Gerhard Förster**, der Ende Juli 1998 vom Badener Bezirksgericht zu einem Jahr Gefängnis und 8.000 Franken (ca. 9.600 DM) Geldstrafe verurteilt worden war, entging der Verbüßung seiner Strafe am 23.9. durch Ableben.

Bernhard Schmid

Versailler Prozeß

Le Pen steht erneut vor Gericht

Der Prozeß findet in einer reichlich surrealistischen Atmosphäre statt. Während drinnen die Zeugen vernommen werden, demonstrieren draußen mehrere hundert fanatisierte Anhänger zwei Tage lang ununterbrochen für ihren „Präsidenten". Die großen Köpfe seiner „Bewegung" wechseln sich am Rednerpult direkt vor dem Eingang zum Gerichtsgebäude ab, als befände man sich auf einem politischen Kongreß.

Der Generalsekretär der „Bewegung", der nebenbei Anwalt und Juraprofessor ist und seinen Parteichef als einer von fünf Anwälten vertritt, wechselt aus dem Gerichtssaal kommend schnurstracks seine Rolle, streift seine Robe ab und wettert von der Rednertribüne herab gegen den „kommunistischen Terror", der seiner Partei ihre Meinungsfreiheit raube und gegen die „korrupte politische Klasse". Sein Name ist **Bruno Gollnisch**. Die von den Parteigängern skandierten Slogans hallen überdeutlich in den vornehmen Gerichtssaal im noch vornehmeren Versailles hinein. Hier, einen Steinwurf weit vom Versailler Schloß entfernt, findet der Berufungsprozeß gegen den Chef des französischen „Front National" (FN) statt, der angeklagt ist, am 30. Mai 1997 - zwei Tage vor dem zweiten Durchgang der letzten Parlamentswahlen - eine sozialistische Kandidatin körperlich angegriffen und verletzt zu haben.

An jenem Tag war **Jean-Marie Le Pen** nach Mantes-La-Jolie - jener heruntergekommene Trabantenstadt rund 35 Kilometer westlich von Paris - gekommen, um die Kandidatur seiner ältesten Tochter **Marie-Caroline** zu unterstützen, die in diesem Wahlkreis der sozialistischen Bewerberin Annette Peulvast-Bergeal gegenüberstand. Vermutlich aufgrund eines Fehlers seines Chauffeurs hielt das Auto des FN-Vorsitzenden unmittelbar auf der Höhe einer Ansammlung von Gegendemonstranten. Le Pen sprang wutentbrannt aus dem Auto und stürzte mitten in die Gruppe von Gegnern seines Auftritts hinein. Mit festem Willen, dem gegnerischen „Spuk" ein Ende zu bereiten, stürzte er sich auf die Politikerin Peulvast-Bergeal, die um glatte zwei Köpfe kleiner ist als Le Pen und versuchte, ihr die Schärpe einer Gewählten der Republik zu entreißen. Dabei brüllte er: „Wir haben die Schnauze voll, die Schnauze voll von Euch!" Die sozialistische Kandidatin, die am übernächsten Tag den Wahlkreis gewinnen sollte, trug Kratzspuren am Hals und Brustkorb sowie Blutergüsse an den Beinen davon. Im Februar 1998 wurde Le Pen deswegen zu zwei Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte - und damit auch des passiven Wahlrechts und seiner parlamentarischen Mandate - sowie drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Am Wochenbeginn der letzten Septemberwoche entschied das Appellationsgericht Versailles über die Berufung, die Le Pen eingelegt hat; der Urteilsspruch wird für Ende Oktober erwartet.

Dabei steht für Le Pen politisch mehr auf dem Spiel, als seine „Ehre": bestätigen die Versailler Richter den Spruch der ersten Instanz, dann wird der FN-Chef im Juni 199 nicht zum Europaparlament kandidieren, geschweige denn die Liste der Rechtsextremen anführen können. Für diesen Fall hat bereits eine anderer in der Partei seine Ambitionen angemeldet: **Bruno Mégret**, als „Generalbeauftragter" und Chefideologe des FN die faktische „Nummer Zwei" der Partei, der - 22 Jahre jünger als Le Pen - seit rund zwei Jahren immer deutlicher auf die Nachfolge des alternden Chefs zielt. Damit wäre ein Stück mehr am Stuhl des FN-Präsidenten gesägt. Doch für Le Pen kommt es nicht in Frage, Mégret seinen Platz zu überlassen. Im Juli donnerte er in einem Interview des „Figaro": „Es wäre wirklich der Gipfel, wenn jemand von den mir zugefügten Schlägen profitieren wollte, um seine Karriere in der Partei voranzubringen." Sollte er selbst „verhindert" sein, so werde seine Frau **Jany Le Pen** an seiner Stelle die Spitzenkandidatur zum Europaparlament übernehmen. Ähnlich, wie sein Generalbeauftragter anderthalb Jahre zuvor im französischen Vitrolles seine Gattin **Catherine Mégret** als Strohfrau für die Rathauswahl vorschob, nachdem er wegen Verstößen gegen das Wahlrecht nicht kandidieren durfte. Mégret antwortete postwendend via Interview mit der Boulevardzeitung „Le Parisien". So sehr er Jany Le Pen schätze, so sei doch ihre Kandidatur „wirklich keine gute Idee". Und: „Wenn der Chef verhindert ist, dann kommt der Platz (der Spitzenkandidatur) naturgemäß der Nummer Zwei zu." Anläßlich der Sommeruniversität der FN-Kader in Toulon Ende August belehrte Le Pen seine Partei daher: „Es gibt nur eine Nummer beim Front National und das ist die Nummer Eins!"

Le Pen scheint felsenfest entschlossen zu sein, an der Kandidatur seiner Ehefrau festzuhalten, falls die Richter ihn selbst an der Präsenz bei der Europawahl 1999 hindern. Jany Le Pen hatte freilich zunächst gegenüber der Presse erklärt, daß man sie gar nicht gefragt habe und sie von Politik nichts verstehe. Inzwischen hat sie jedoch erklärt, sie werde „für Jean-Marie" diese Aufgabe übernehmen, wenngleich auch „widerstrebend" und „schweren Herzens".

Der Machtkampf zwischen Le Pen und Mégret hat, neben dem Aspekt des Hahnenkampfes zweier Rivalen um Macht, auch einen tieferen politischen Hintergrund. Der Stratege Mégret befürwortet Bündnisse mit Teilen der konservativen Rechten, während Le Pen dem äußerst skeptisch gegenübersteht und einen „Ausverkauf" der Ideologie seiner „Bewegung" befürchtet. Mégret ist deswegen freilich kein „Gemäßigter", sondern ein machtpolitisch versierter Ideologie, der in vielerlei Hinsicht ideologisch radikaler ist als andere Teile der Parteiführung und auch zielstrebig versucht, die „soziale Frage" zu besetzen, die die Partei derzeit - nach einigen Experimenten - tendenziell fallengelassen hat. Hält Le Pen stur an der innerparteilichen Herrschaft seines Familienclans fest, so könnte er damit zur Erstarrung und Regression seiner „Bewegung" beitragen.

Der FN-interne Machtkampf hat sich unterdessen mit einem Tiefschlag von Le Pen gegen Mégret fortgesetzt. Obwohl traditionell dem „Generalbeauftragten" die Leitung landesweit geführter Wahlkämpfe obliegt, hat der FN-Chef nunmehr in selbstherrlicher Entscheidung einen anderen zur Leitung des kommenden FN-Wahlkampfes zum Europaparlament bestellt. Und zwar ausgerechnet **Jean-Claude Martinez**. Auf der FN-Sommeruniversität im August in Toulon sagte dieser über Mégrets Chefambitionen: „So wie es frühgeborene Kinder gibt, so gibt es auch frühgeborene Führer."

Am selben Tag, an dem in Versailles (29.9.) gegen Le Pen verhandelt wurde, erfuhr die Öffentlichkeit bereits ein weiteres Urteil gegen den FN-Chef. Ein Strafgericht in Paris, das am 9. September getagt hatte, fällte damit seine Entscheidung wegen einer Episode anläßlich der Abschlußveranstaltung des FN-Parlamentswahlkampfes am 29. Mai 1997, während der Jean-Marie Le Pen ein geschmackloses Spektakel geliefert hatte. Auf einem Tablett hatte er seinerzeit seinen johlenden Anhängern den Kopf der sozialistischen Politikerin Catherine Trautmann serviert - natürlich nur eine Imitation aus Pappe. Dafür wurde Le Pen nunmehr zu dem symbolischen Franc Geldstrafe verurteilt, der häufig in Prozessen wegen Ehrverletzung oder Beleidigung verhängt wird.



Jean-Marie Le Pen

Neues Ungemach droht Le Pen mittlerweile auch von der deutschen Justiz und zwar wegen seines Auftritts am 5. Dezember 1997 in München an der Seite von **Franz Schönhuber**. Aus diesem Anlaß hatte der FN-Chef seine Äußerung, wonach die Gaskammern „ein Detail der Geschichte" des Zweiten Weltkrieges seien, wiederholt. In Frankreich wurde Le Pen dafür bereits im Dezember 1997 verurteilt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft München hat das Europaparlament am 6. Oktober die parlamentrische Immunität des FN-Chefs aufgehoben. Damit wird ein Prozeß gegen Le Pen in Deutschland möglich, bei dem ihm eine Höchststrafe von fünf Jahren droht; der Angeklagte kann zwar dem Prozeß fernbleiben, dann droht ihm aber bei einer späteren Einreise nach Deutschland die sofortige Festnahme.

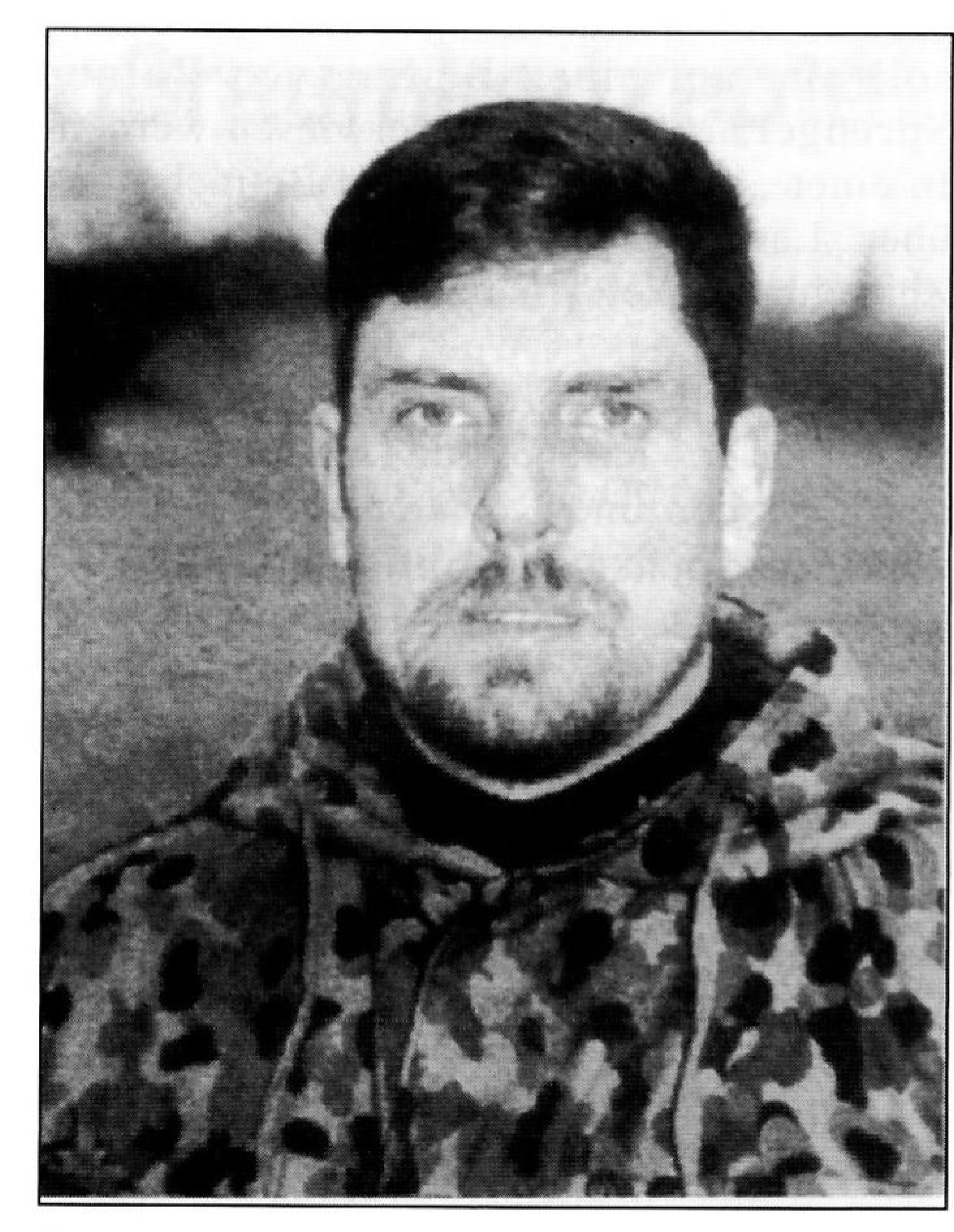
Alfred Schobert & Daniel Hügel

mythos macht musik

Es hat sich wohl rumgesprochen: Die „Neue" Rechte macht auf Kultur. Doch längst geht es dabei nicht mehr nur um strategische Planung und bloße Luftschlösser der „Metapolitik". Die rechten Kulturstrategen können tatsächlich auf Anknüpfungspunkte in Subkulturen zurückgreifen, so insbesondere in der Dark-Wave- und Gothic-Szene: Im November stehen Tourneen einschlägiger rechtsextremer Bands an, und der Antisemit und Ufo-gläubige Verschwörungstheoretiker Josef Klumb konnte mit seiner Band „Weissglut" bei einem Label der Sony unterkommen.

Als der Österreicher **Jürgen Hatzenbichler** 1992 in „Nation & Europa" seinen Kameraden empfahl, sich der Popmusik zu öffnen, verpuffte diese deklarierte „Provokation" ohne Resonanz. Und auch als Hatzenbichlers Kollege bei der „Jungen Freiheit" (JF), **Roland Bubik,** ein Jahr später einen großspurige Strategieartikel über die „Kultur als Machtfrage" publizierte, konnte man dies zunächst für substanzlose Größenphantasien eines Spätpubertären halten, der mal eben eine jugendliche Subkultur unterwandern wollte. Bubik und Hatzenbichler verstanden es aber in den folgenden Jahren, einiges an Anknüpfungspunkten in der Dark-Wave- und Gothic-Szene auszumachen und zu verstärken. Es finden sich Bands, Labels, Fanzines wie das heidnisch-faschistische Blatt „Sigill" aus Dresden oder das Berliner Naziblatt „Europakreuz" und Konzertveranstalter, die der rechtsextremen Kulturstrategie aufgeschlossen gegenüberstehen und ihr als politische Überzeugungstäter mit ästhetischen Mitteln zuarbeiten. Die JF wird dabei nicht mehr gebraucht. Die braune Minderheit in der Dark-Wave- und Gothic-Szene hat sich verselbständigt, und mittlerweile sind auch Teile der militanten Nazis auf den Zug aufgesprungen.

Für November sind mehrere Konzerte von „Death In June" in Deutschland angesetzt. Die 1981 gegründete Band ist das Projekt von **Douglas Pearce** (oder auch Douglas P.). Der Bandname, „Tod im Juni", bezieht sich auf die Ausschaltung der SA im Juni 1934, die Pearce ganz auf der Linie aktueller brauner Thematisierung der sozialen Frage in Interviews als angeblich „sozialistisches Element" im Nazismus feiert. Bandsymbol ist ein Totenkopf mit einer 6. Die Zahl steht für den Monat Juni, der Totenkopf soll totale Verpflichtung und Hingabe an die Sache symbolisieren. Pearce betreibt in Songtexten und Covergestaltung ein reichlich abgeschmacktes Verwirrspiel. Einschlägige Symbole werden verfremdet; so ziert das Cover der Single „Sundogs" ein aus vier Hundeköpfen gebildetes Hakenkreuz. In den Songtexten werden nazinostalgische Bezüge zum Teil gezielt verunklart. Pearce spielt in seiner ästhetischen Produktion mit Ambivalenzen und schafft sich so stets ein Hintertürchen der Interpretationsoffenheit. Eindeutig sind indes seine rassistischen Ausfälle gegen „Zigeuner" und seine Propaganda für die kroatischen HOS-Milizen. Diese stellen sich bewußt in die Tradition der faschistischen Ustascha und waren *die* Anlaufstelle für neonazistische Söldner aus ganz Europa; auch der „Vlaams Blok" betrachtet sie als wichtigen Bündnispartner bei der ethnischen Parzellierung Europas (vgl. DRR Nr.53). Eine eindeutige politische Geste ist auch der Beitrag von „Death In June" zur Compilation zu Ehren des Nazi-Bildhauers **Josef Thorak**, die kürzlich beim rechtsextremen Verlag und Label VAWS („Verlag + Agentur **Werner Symanek**") erschien. Beim Vorgängerprodukt, einer Doppel-CD zu Ehren **Leni Riefenstahl**s war Pearce bereits als „Death In June" presents „KAPO!" mit einem Titel vertreten.



Douglas Pearce

Bei der anstehenden Europa-Tournee treten „Death In June" zusammen mit der „Fire & Ice" um **Ian Read** auf, der für „Death In June" das Horst-Wessel-Lied auf dem Album „Brown Book" sang. Laut der britischen Antifa-Zeitschrift „Searchlight" war Read, der auch als „Chaos-Magier" berüchtigt ist, Chef der Nazi-Security-Gruppe, die 1990 eine von **Michael Walker** organisierte Konferenz hochrangiger britischer Nazis im Londoner Bonington Hotel sichern sollte. Ebenfalls angekündigt ist der Nazi-Satanist und stramme Sozialdarwinist **Boyd Rice**, der auch bei der letzten Tour im Mai 1997 dabei war.

Welch terroristisches Potential in Teilen der internationalen Szene steckt, läßt sich am US-Amerikaner **Michael Moynihan** zeigen. Dessen Musikprojekt „Blood Axis" ist im November für drei Konzerte in Deutschland. Der Endzwanziger Moynihan ist ein umtriebiger Multifunktionär: Er ist als Journalist für das Musikmagazin „Seconds" tätig, schreibt historisch-theoretische Abhandlungen für das Nazi-Blatt „Plexus. A National Socialist Theoretical Journal", verlegt im eigenen Verlag „Storm" Bücher, und er betätigt sich musikalisch (man sollte den Dilettanten und Plagiator nicht „Musiker" nennen).

1994 absolvierte Moynihan den Initiationsritus des „Tribe of the Wulfings", der zur nordischen Religionsgemeinschaft „Asatrú" gehört (Moynihan vergleicht sie selbst mit **Jürgen Riegers** „Artgemeinschaft"). Zu den „Wulfings" gehören weitere mit Moynihan kooperierende Musiker und Publizisten, so **Robert Ward** (früher Herausgeber von „The Fifth Path") und **Markus Wolff** von der Band „Crash Worship". Ebenfalls zu den „Wulfings" gehören die Mitglieder der Bands „Changes", deren schon in den 60er Jahren aufgenommenes Material beim Moerser Label „Cthulhu" unter dem Titel „Fire of Life" erschien.

Im Interview mit „No Longer A Fanzine" erklärt Moynihan seine Sympathie für Auschwitzleugner, aber er geht noch darüber hinaus und rechtfertigt die nazistische Vernichtungspolitik:

„Einerseits denke ich, daß die Zahl 6 Millionen nur zufällig und ungenau und wahrscheinlich eine grobe Übertreibung ist. Ich habe revisionistische Bücher gelesen, die gut gegen den Holocaust- 'Kanon' argumentieren, und selbst die jüdischen Historiker verändern fortwährend ihre Ansprüche [sic]. Doch mein Hauptproblem bezüglich der Revisionisten ist, daß sie von der Annahme ausgehen, das Töten Millionen unschuldiger Menschen sei als solches 'böse'. Mehr und mehr neige ich zur entgegengesetzten Schlußfolgerung. Ich geriete nicht aus der Fassung, wenn ich herausfände, daß die Nazis jede ihnen zugeschriebene Grausamkeit begangen hätten."

Moynihan plappert hier eine Vorgabe des inhaftierten US-Neonazis **James Mason** nach. Mason vertritt eine Kombination aus Hitlers „Mein Kampf" und den wirren Lehren **Charles Manson**s, der als Anstifter bestialischer Morde seiner Family einsitzt. Moynihan stellte Flugblätter Masons zu einem Buch zusammen, versah es mit einem einfühlend-sympathisierenden Vorwort und verlegte den Nazi-Schinken in seinem Verlag „Storm Books".

Seit einigen Jahren beschäftigt sich Moynihan mit der skandinavischen Black-Metal-Szene, die durch zahlreiche Brandstiftungen an Kirchen und mehrere Morde von sich reden machte. Nachdem Moynihan bereits für verschiedene US-amerikanische Musikmagazine solche Berserker-Bands interviewt hatte, legte er kürzlich ein ganzes Buch zum Thema vor: „Lords of Chaos" im Verlag „Feral House". Hier hält sich Moynihan mit politischen Urteilen zurück und überläßt die harten nazistischen Töne seinen Interviewpartnern. Dennoch sind auch hier seine politischen Sympathien sehr deutlich zu sehen.

Mittlerweile haben Teile der militanten Szene, die sonst auf Skin-Gedröhn und **Frank Rennicke** abfahren, Moynihan entdeckt. Moynihan wurde ausführlich im Nazi-Blatt „Nordland" präsentiert. Sein 1995 beim Moerser Label „Cthulhu" veröffentlichtes Album „The

Gospel of Inhumanity" wurde in „Einheit und Kampf" in den lobendsten Tönen besprochen. Zuvor hatte das US-Nazi-Skinblatt „Resistance" Moynihans „Evangelium der Unmenschlichkeit" als „faschistische Symphonie" gefeiert, wofür sich Moynihan mit einer ganzseitigen kommerziellen Anzeige bedankte. So stand dann „Cthulhu Records", dessen Chef **Willi Stasch** gerne beteuert, keinerlei Beziehungen zu Nazis zu unterhalten, in einer Reihe mit der NSDAP/AO, die für T-Shirts mit Hakenkreuz-Motiv warb.

Auf der eher sanften Schiene und im Gewande des Esoterikers, der zugleich den (attr)aktivsten Phallus südlich des Nordpols mimt, kommt **Josef Klumb**, Sänger bei „Forthcoming Fire" und „Weissglut" daher. Was nicht ausschließt, daß er und sein Bruder **Bernhard Klumb**, Keyboarder bei den beiden Bands, sich auch mal als Schläger betätigen wie im Juli 1997 bei einer Antifa-Veranstaltung in Mainz (vgl. DRR ((...Herbst 1997...)). Es bleibt also nicht bei wirren Drohungen, wie sie Klumb im Oktober 1995 gegenüber dem Bingener JUZ in einem Brief formulierte: „ICH befinde mich in einem HEILIGEN KRIEG UND WER ZWICHEN DIE FRONTEN GERÄT indem er aus Unverständnis mir zu nahe kommt oder meinem Umfeld beschwört sich eine GEWALT herauf die ich nicht zuverantworten habe, und die sich entlädt ohne Spuren zu hinterlassen." Übrigens firmiert der Verfasser dieser sprachlichen Abstrusitäten auch als Autor zweier Gedichtbände.



„Death in June"

Auf der Polit-Schiene gelang der Band „Forthcoming Fire", was ihr unter musikalischen Gesichtspunkten nie gelungen wäre: Sie erregte Aufmerksamkeit - durch stramm rechte Interviews ihres Sängers Josef Klumb, zunächst in Musikzeitschriften wie „Gothic" und „Gothic Grimoire", schließlich in der JF, die „Forthcoming Fire" als eine Art Hausband auserkoren hatte. „Forthcoming Fire" waren der optische Aufhänger, mit dem sich die JF Anfang 1996 im auflagenstärksten Organ der Dark-Wave-Szene, dem „Zillo", als „romantisch, anders, frei" präsentierte. Dort hatte man mit **Peter Boßdorf**, einem altgedienten Nachwuchsfunktionär des Pangermanismus, bereits einen ständigen Mitarbeiter plaziert, doch nach heftigen Auseinandersetzungen wurde diese Liaison nach dem Tod des „Zillo"-Herausgebers **Rainer „Easy" Ettler** im Frühjahr 1997 stillschweigend gelöst. „Forthcoming Fire" verlor den Plattenvertrag, Konzerte waren fortan von Protesten begleitet, doch man versuchte in Opferpose, den Skandal als Publicity auszuschlachten. Und offenkundig sehen Musik-Macher in Klumbs strammen Antisemitismus und seinen Verschwörungswahn im Gefolge seines Freundes **Jan van Helsing** alias **J.U. Holey**, Autor des mehrteiligen Bestsellers „Geheimgesellschaften", kein Karrierehindernis: „Weissglut" ist seit Herbst 1998 bei „Dragnet/Epic", also der „Sony", unter Vertrag (vgl. Jungle World Nr.42/98).

Teile der Musikszene förderten das Unterfangen, Klumb und Kameraden als Opfer und Märtyrer gegen Kritik zu verteidigen. Nicht nur rechte Kameraden wie **G. Petak**, der unter dem Namen **Kadmon** esoterisch-faschistische Traktate in den Reihen „Aorta" und „Ahnstern" publiziert und dessen Musikprojekt unter dem Namen „Allerseelen" firmiert, beteiligten sich an der rechten Legendenbildung. An Kadmons Flyer „Antifaschismus: Katholizismus ohne Gott" vom Juli 1997 läßt sich ein Mechanismus aufzeigen, wie große Teile der Musikszene gerne politische Kritik beleidigt vom Tisch wischen. Geschickt appelliert Kadmon an verbreitete Kritik gegenüber klerikalen Konservativen, die häufiger schon in Verteidigung des christlichen Abendlandes Dark-Wave-Veranstaltungen wegen vermeintlicher satanistischer Umtriebe behindert haben. Diese Kritik mit pseudoprogressivem Touch soll nun auf den Antifaschismus angewandt werden, denn, so Kadmon, „in einer wollüstigen Hysterie wollen strenggläubige Anti-Faschisten gewaltsam exorzieren, was ihnen bedrohlich teuflich erscheint". Die extreme Rechte versucht so, die Position der „Toleranten" zu besetzen.

Andere Märtyrerkonstruktionen greifen stärker auf den hierzulande von der Rechten initiierten Diskurs gegen *political correctness* zurück. Das Feindbild PC, demzufolge eine unheilige Allianz aus Linken, Feministinnen, Lesben, Schwulen, Behinderten usw. eine „Meinungsdiktatur" errichtet habe, wird auch in der Dark-Wave-Szene nachgeplappert. Klumb und Kameraden erscheinen als Märtyrer zum Anfassen und werden als „Nonkonformisten" interessant gemacht. So veröffentliche das Berliner Fanzine „Dark Sign" kürzlich einen „Offenen Brief an alle Printmedien" zugunsten von Klumb, „Forthcoming Fire" und „Weissglut". Darin beklagen sich die Redakteure des „Fanzines für die dunkle Seite der Kultur" bitter über „die politisch korrekten Leute [...] die eine Hetzjagd auf Zeitungen und Bands machen". Auch wird Klumb zum 'verfolgten Aufrechten' stilisiert, der als 'wahrer Individualist' gegen den technokratisch-rationalistischen Zeitgeist streite. Der Schrieb gipfelt in der Frage, ob „demnächst jeder vergast" werde, „der ein falsches Wort sagt, welches von jenen Antifa-Saubermännern als rechtsradikal ausgelegt wird".

An solchen ungeheuerlichen Tatsachenverdrehungen, der ganz selbstverständlichen Übernahme des Gezeters gegen PC und der gängigen Reproduktion mancher tradierter rechter Ideologieversatzstücke, Mythen und Symbole zeigt sich, daß es mit dem Szene-Selbstverständnis, man sei „unpolitisch", vielleicht liberal und tolerant oder gar irgendwie links, nicht so weit her ist. Die Selbstdarstellung von Teilen der Dark-Wave-Szene, man sei lediglich Opfer (und zwar von Kräften der Linken wie der Rechten), steht auf wackligem Grund. Falsch verstandene Vorstellungen von Toleranz und Offenheit bergen die Gefahr, daß Teile der Szene sich zur Manövriermasse einer braunen Kulturoffensive machen lassen. Wenn der Mythos die Musik macht, wird aus dunkler Welle heller Wahn.

Einen wichtigen Schritt aus der recht bequemen Selbstverortung als Opfer macht eine Initiative von Bremer DJs, die sich als „Grufties gegen Rechts" mit der informativen Broschüre „Die Geister, die ich rief ..." an ihre Szene wandten. Sie distanzieren sich eindeutig von rechtsextremen, nationalistischen und rassistischen Tendenzen in der Dark-Wave-Szene. In bemerkenswerter Deutlichkeit fordern sie „auch alle anderen Bands, DJs, Fanzines und Labels auf, sich in Zukunft klar zu diesen Thematiken zu äußern und sich nicht wie oft üblich auf vermeintlich unpolitische Positionen zurückzuziehen oder nebulös auf Fragen zu reagieren". Und sie kündigen an, als DJs keine rechtsextremen Bands aufzulegen. Binnen kurzer Zeit schon in der zweiten Auflage, wurde die Broschüre mittlerweile auch von Berliner „Grufties gegen Rechts" nachgedruckt. (Kontakt: Grufties gegen Rechts / Music For A New Society, St. Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen oder über t-online.de/home/F.Bernhard).

Weitere Artikel und Aufsätze zum Thema beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Realschulstr.51, 47051 Duisburg

„Republikanische Jugend" für ein Zusammengehen von REP und BFB

In der letzten Ausgabe der von der rechten „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" (DESG) herausgegebenen Publikation „DESG-inform" ist auch ein Beitrag über die REP-Nachwuchsorganisation „Republikanische Jugend" (RJ) enthalten. Der RJ-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, der Karlsruher Rechtsextremist **Markus Burkhard**, forderte in einem Schreiben an die Führung sowohl seiner Partei als auch des „Bund Freier Bürger - Liberale Offensive" (BFB) ein Bündnis rechter Kräfte. Dabei sollte neben REP und BFB noch die DSU miteinbezogen worden. Der hessische Landtagsabgeordnete **Heiner Kappel**, BFB-Generalsekretär, und der Berliner Rechtsanwalt und BFB-Vorständler **Markus Roscher** hätten bereits die Absicht signalisiert, „nach der Bundestagswahl mit den führenden Vertretern der Republikaner Gespräche zu führen", so „DESG-inform". Ziel sei es, heißt es in dem Blättchen weiter, „die Arbeit der bisher konkurrierenden Parteien zu bündeln." Die „Zusammenarbeit" solle bereits mit der Landtagswahl von Hessen im Februar kommenden Jahres beginnen.

Raimund Hethey

Die DVU als Knüppel gegen den Industriearbeiter-Ost

Über den gescheiterten Versuch von konkret, ein neues antifaschistisches 'Braunbuch' zu schreiben

Überrascht zeigten sich viele WahlanalytikerInnen über das Wahlergebnis der „Deutschen Volksunion" (DVU), die nach den Landtagswahlen am 26. April mit 12,9 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog. Das Ereignis hat nun Jürgen Elsässer veranlaßt, gleich ein komplettes Braunbuch zu der Partei des Dr. Frey zu verfassen.

Aus dem Buch ist aber keine exakte Analyse des vorübergehenden Erfolgs der DVU erwachsen, sondern eine Generalabrechnung mit der Linken, speziell mit der „Partei des demokratischen Sozialismus" und der Antifa.

Schon der Titel des Elsässer-Bandes, der in der Reihe „konkret-Texte" als Band 17 im August 1998 erschien, enthält eine gezielte Provokation. Dort wird die DVU als „deutsche Arbeiterpartei" gekennzeichnet. Aus der Perspektive der männlichen DVU-Wählerschaft entwickelt Elsässer seine Angriffe gegen den (ostdeutschen) Industriearbeiter, die in der Warnung vor dem „braunen" Osten der Berliner Republik gipfeln. Seine Thesen stützt er im wesentlichen auf Umfrageergebnisse bei der Landtagswahl und auf statistische Erhebungen zu Gewaltübergriffen faschistoider Jugendlicher. Was das Wählerverhalten betrifft, so sank die Quote der DVU- Wähler(innen) bereits nach fünf Monaten von 12,9% auf magere 3% bei der Bundestagswahl im September. Damit stellt sich die Frage nach dem Sinn, der hinter Elsässers Aufwertung der DVU zur neuen NSDAP steckt, die sonst gerne als „Phantom-Partei" bezeichnet wird.

Bereits im Vorwort macht der neue Umweltminister der rot-grünen Bundesregierung Jürgen Trittin deutlich, um was es in dem konkret-Braunbuch gehen soll: die Antifa von der vermeintlichen Leimrute des Ökonomismus wegzulocken, also über den Kapitalismus zu schweigen, wenn über den Faschismus gesprochen wird. Mit Elsässer ist sich Trittin einig, daß der „ostdeutsche Industriearbeiter" das neue feindliche Subjekt ist, egal ob er nun DVU gewählt hat oder aktives Mitglied der PDS ist, denn so Elsässer über die Antifa der zwanziger Jahre:

„Während der Wirtschaftskrise trägt die Linke die Hauptverantwortung für den Aufstieg der Faschisten: Versucht sie, mit den Desperados in einen Dialog über charakterliche Deformationen und sexueller Frustationen zu kommen und so ihr Unbewußtes zu berühren, wie es der marxistische Freudianer Wilhelm Reich versucht hat? Oder bedient sie, wie die Thälmann-KPD, die Phobien der Verstörten mit der Hoffnung auf einen nationalen Sozialismus, in dem, wer nicht arbeitet, auch nicht essen darf?" [S.14]

Neben der Kritik an der Arbeiterbewegung, enthält diese zentrale Textstelle auch eine klare Anweisung für die praktische Antifa; die lautet zugespitzt: Die Antifa muß mit den männlichen Faschisten über ihre charakterlichen Defizite und ihre Orgasmusprobleme reden, therapeutischer Dialog statt machtvolle Gegendemonstration.

Die gute Tradition der „Braunbücher"

Mit dem Titel „Braunbuch" hat sich der konkret-Verlag bewußt in die Tradition zweier historischer Braunbücher gestellt. Das erste Braunbuch erschien am 1.August 1933 im Schweizer Verlag Universum-Bücherei. Das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror" entstand als Kollektivarbeit von AntifaschistInnen, „als Gemeinschaftsarbeit von Kämpfern innerhalb und außerhalb Deutschlands, die geeint sind



typische „ostdeutsche Bauarbeiter" beim Verzehren ihres originär deutschen Frühstücks bei der NPD-Demonstration am 19.9.98 in Rostock

in dem Gedanken, für den Sturz des Hitler-Faschismus und für ein sozialistisches Deutschland zu wirken", wie es im Vorwort von VerfasserInnen und Verlag heißt. Schon im ersten Abschnitt weisen die VerfasserInnen auf die entscheidenden Punkte zur Entstehungsgeschichte der NSDAP hin, die Elsässer geflissentlich übersieht. „Im Januar 1919", heißt es dort, „wird in München die 'deutsche Arbeiterpartei' gegründet. Im Juli desselben Jahres tritt Adolf Hitler, damals 'Bildungsoffizier' in der Reichswehr, dieser Partei bei." Die Gründer der späteren NSDAP sind in ihrer Mehrheit Soldaten und Offiziere einer Armee, die gerade besiegt worden war. Die NSDAP ist nie eine Arbeiterpartei gewesen, so wenig wie die Parteien, die heute ihre Nachfolge antreten möchten. Die NSDAP hat auch von Anbeginn an finanzkräftige Unterstützung aus der Bourgeoisie erhalten, z.B. von den (Groß-)Unternehmern Bechstein, Maffei, Rechberg usw., später hat sie mit der reaktionären finanzstarken bürgerlichen Elite in Bayern zusammengearbeitet und nach ihrer Neugründung 1925 hat sie sehr schnell Freunde bei der Großindustrie gefunden. Diese Fakten, in unzähligen linken Arbeiten zur Entstehung des Faschismus akribisch belegt, möchte Elässer umdeuten. Für ihn fand eine nennenswerte finanzielle Unterstützung deutscher Faschisten erst am Ende der Weimarer Republik statt.

Das zweite „Braunbuch" wurde am 2.Juli 1965 in der DDR der Öffentlichkeit übergeben. In dem Braunbuch wird nachgewiesen, daß 21 Minister und Staatssekretäre der Bundesrepublik, 100 Generale, 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate sowie 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes aktive Stützen des Nazi-Regimes waren. Eine durchweg spannende Lektüre noch heute und unabdingbarer Beleg für die Kontinuität des deutschen Faschismus über 1945 hinaus. Im Vergleich zu seinen historischen Vorläufern, fällt das konkret-Braunbuch nicht nur äußerst dürftig aus, sondern in seinem Kenntnisstand weit hinter das DVU-Buch von Annette Linke [Der Multimillionär Frey und die DVU; Klartext Verlag, Essen, 1994] zurück. Da hilft auch nicht, daß im Vorwort Jürgen Trittin von Bündnis 90/Die Grünen die Arbeit von Elsässer im Vergleich zu früheren „Braunbüchern" als besonders interessant bezeichnet. Sein flottes Urteil: „Braunbücher stehen in dem Ruf, eine ebenso langweilige wie langatmige Aufzählung von Fakten und Querverbindungen zu sein. Etwas für Antifa-Experten. Zu dieser Art Braunbücher gehört Elsässers Werk nicht. Elsässer geht das Wagnis einer Analyse ein." Tatsächlich fordert Elsässer eine Analyse des Faschismus auf der Grundlage sozialpsychologischer und psychoanalytischer Theorien, eine Verschiebung der theoretischen Voraussetzungen von der Kritik der politischen Ökonomie hin zur Untersuchung und Behandlung seelischer Fehlleistungen.

Der verzweifelte Ruf nach dem Seelendoktor

Ein Unterfangen, über dessen nur bedingte Wirksamkeit die Faschismusforschung seit Jahrzehnten weiß. Nur Elsässer stört das nicht. Die grundlegenden Werke sind Reichs „Massenpsychologie des Faschismus" (1933), Erich Fromms „Furcht vor der Freiheit" (1947/1966) und Adornos u.a. „Authoritan Personality" (deutsch: 2 Bde., 1950/1968).

In diesen Arbeiten wird die Kerndisposition zum autoritären Charakter mit dem familialen Dreiecksschema verbunden: Der Vater stellt das Realitätsprinzip dar, indem er für die Einhaltung gesellschaftlicher Normen sorgt (Unterdrückung des Sexuallebens, Ordnung, Reinlichkeit). Durch Identifikation mit dem „Aggressor" Vater versucht das Kind, Strafen zu vermeiden, indem es die geforderten Normen in sein „Ich" integriert, die zerstörerischen Anteile aber verdrängt und damit einer Kontrolle von außen unzugänglich macht. Sie werden dagegen auf die gesellschaftliche Ebene abgedrängt - auf Feindbilder und Minderheiten. Dieser Typus, der zu angepaßtem Gehorsam und zerstörerischer Handlung neigt, wurde bis in die 70er Jahre als persönlichkeitspsychologische Grundlage autoritärer Herrschaft akzeptiert und zur Faschismusanalyse herangezogen. Gegen diese Ansätze wurde zurecht ar-

gumentiert, daß ihnen ein unhistorischer Familialismus zugrundeliegt; ihre Vertreter einen deterministischen Zusammenhang zwischen psychischer Struktur und Verhalten annehmen und daß die einseitige Betonung der Triebbasis dieses Verhaltens die Wirkung situationsbezogener Faktoren und konkreter Alltagserlebnisse vernachlässige. Einfach grotesk wirkt da Elsässers Versuch, die Mordtat des Faschisten Kay Diesner mithilfe der überholten psychoanalytischen Ansätze zu erklären. Die Psychoanalyse hat sich längst aufgrund von Praxiserfahrungen von den ödipalen und prägenitalanalsadistischen Ansätzen entfernt und sich auf die Analyse noch früherer Stufen präödipaler Konflikte konzentriert. Nicht der Vater stand im Mittelpunkt der Untersuchungen, sondern die Mutter, genauer: das symbiotische Mutter-Kind-Verhältnis. Der Paradigmenwechsel hat keinen größeren Erkenntnisgewinn gebracht. Gleichwohl will Elsässer auch aus diesen Ansätzen etwas für die Erklärung des Faschismus schöpfen, wenn er im Westen den narzistischen und im Osten den ödipalen Typus als möglichen faschistischen Charakter ausmacht. Der oftmals willkürliche Rückgriff auf psychoanalytische Erklärungsmuster ist das Produkt eines hilflosen Antifaschismus und provoziert bei seinen AdressatInnen oftmals nur ein munteres Lachen, wie einige öffentliche Lesungen von Elsässer gezeigt haben. Gleichwohl können psychoanalytische Aspekte bei der Faschismusanalyse hilfreich und gewinnbringend sein, aber Herrschaft und gesellschaftliche Macht existieren nunmal nicht ohne ökonomische Basis.

Muß der Osten wirklich braun werden?

Ein Blick auf die politische Wahlkarte der Bundesrepublik nach der Bundestagswahl, z.B. in die „Spiegel"-Sonderausgabe scheint Elsässers zweite zentrale These, daß der Osten eingebräunt sei, zu bestätigen. Jenseits der Elbe und insbesondere in Sachsen nimmt die karamellfarbene Wahl-Landschaft deutlich dunkelbraune Töne an. Diese Konzentration von faschistischen Wählerstimmen ist aber nicht nur für Sachsen, sondern auch für dessen westliches Patenland Baden-Württemberg zu erkennen. Das bedeutet, daß ein Theorieansatz auf der Basis einer Ost-West-Spaltung, ungenau bleiben muß, weil das Netzwerk der Neo-Faschisten diese Spaltung nicht aufweist. Im Gegenteil: gleich nach der Wende haben ca. 100 nationale Organisationen angefangen, in der DDR zu agitieren und konnten erfolgreich ihre „Massen"-Basis erweitern, ohne großartige Gegenwehr der Antifa. Anläßlich der Demonstration zum Tod von Rainer Sonntag z.B. konnten im Juni 1991 2.000 Neo-Faschisten durch Dresden spazieren und wurden lediglich von einer handvoll Antifa-Journalisten beobachtet. Eine gringe Anzahl von Polizisten schaute dem Treiben der Faschisten geduldig zu, die bei ihrem Auftritt gegen alle gesetzlichen Bestimmungen verstießen, die im Westen der Republik galten. Durch solche Erfahrungen ermuntert zogen die Nazi-Kader aus dem Westen reihenweise in den Osten, weil sie dort aus der Anonymität heraus operieren konnten - allen voran Nazi-Führer Michael Kühnen - , ohne Angst vor massiver Gegenwehr der Antifa haben zu müssen. Inzwischen ist die Basis der Neo-Faschisten im Osten soweit organisiert, daß die westliche Hilfe bis auf ökonomische Unterstützung verzichtbar wurde.

Aber auch die Antifa hat sich im Osten entwickelt. Die größten Antifa-Demonstrationen der letzten Jahre fanden in den Neuen Bundesländern statt. Während in der alten Bundesrepublik der Druck der Öffentlichkeit gerade in den sozialdemokratisch geführten Bundesländern nachgelassen hat, haben die Neuen Bundesländer diesen Gewöhnungsschritt noch nicht vollzogen.

Das Argument, daß jede zweite Straftat von rechts im Osten geschehe, ist jeder bürgerlichen Zeitung zu entnehmen und wird hier auch nicht bestritten. Aber wird denn jede von Faschisten begangene Straftat im Westen auch als solche angezeigt? Statt ständig über den Osten zu lamentieren muß man von einem Braunbuch-Verfasser konkrete Vorschläge zur Bekämpfung erwarten dürfen. Warum rufen Elsässer und konkret nicht zu Brigade-Wochenenden in Usedom auf, zu einem antifaschistischem Frühstück in der Uckermark oder organisieren ein Antifa-Konzert in Chemnitz? Schließlich sind tausende von jungen und älteren BRD-Linken nach Nicaragua gefahren, um das Land gegen seine faschistoiden Contras und seine gewaltigen Verbündeten, die USA, zu verteidigen.

Statt aktiver, kreativer Gegenwehr werden in der politischen Arbeit ständig die Formeln der Faschisten wiedergekäut, wie das Zauberwort von den „national befreiten Zonen". Natürlich gibt es gerade auf dem Land, auch das zeigt Kontinuitäten zum historischen Faschismus, Orte, in denen Jungfaschisten über so etwas wie die kulturelle und physische Hegemonie verfügen können. Das muß man aber nicht bejammern. Ebenso verhält es sich mit der angeblich neuen Formel vom „nationalen Sozialismus",



typischer Industriearbeiter-Ost (man beachte den Helm!) beim „1.Mai-Ausflug"

der sich da im Osten gerade herausbilde. Seit der Zeit der von manchen Linken liebevoll gehegten „Neuen Rechten" in den 70er Jahren haben AntifaschistInnen mit den Nachbetern des Strasser-Faschismus zu tun. Ihr führender Kopf, Henning Eichberg, sitzt in Dänemark, sein Nachfolger als Vordenker in Northeim, der Studienrat Karlheinz Weißmann, der soeben einen Band „Nationaler Sozialismus" im einschlägig bekannten „Herbig Verlag" veröffentlichte und sich als „Stimme der Mehrheit" begreift. Das muß die Antifa ihm nicht glauben und sie muß sich auch nicht gefallen lassen, daß der Verfechter der „Mimikry" [Nachahmung] gerne Begriffe der Linken besetzt. GrenzgängerInnen auf Seiten der Linken wie Schreiberlinge im „Neuen Deutschland" oder Bundestagsabegordnete der PDS gehören natürlich bekämpft. Auch sie sind kein Beweis dafür, daß der Osten braun wird. Es sei denn, man will nur noch Braun sehen, weil führende Funktionäre der SPD und der Bündnisgrünen ebenfalls mit Faschisten oder ihren Freunden gemeinsame Sache machten - schließlich war der Faschist Roland Wehl, bevor er im ND schreiben durfte, schon mal aktives Mitglied der „Alternativen Liste" (AL) in Berlin, ohne daß man ihn herauswarf, und Oskar Lafontaine sowie Peter von Oertzen haben wie Andre Brie ihre Verbundenheit mit der faschistoiden Zeitschrift „MUT" durch Abdruck ihrer Artikel zum Ausdruck gebracht.

Widersprüchliches und Perspektivloses aus dem konkret-Verlag

Dem konkret-Braunbuch sind einige Hinweise für zukünftige antifaschistische Arbeit zu entnehmen. Zu allererst verabschiedet sich Elsässer von der traditionellen Antifa. Für ihn sind die Neo-Faschisten nur noch mit staatlicher Hilfe erfolgreich zu bekämpfen [vgl. S.15]. Demzufolge wehrt er sich gegen Forderungen nach Abschaffung und Rückstutzung des Verfassungsschutzes [S.15] und lobt den Einsatz des sächsischen Sonderkommandos SoKo-Rechtsextremismus in einem Land, das trotz (oder gerade wegen) dieser Spezialtruppe eine der höchsten Zuwachsraten von Neo-Faschisten hat. Die Verstrickung von VS-Leuten in den Aufbau der militanten NSDAP/AO-Struktur wird freilich aus dem Gedächtnis gestrichen. Auf der anderen Seite kritisiert Elsässer zurecht, daß die staatlich geförderte Sozialarbeit eine Rechtsentwicklung von Jugendlichen vorangetrieben habe [S.24] und daß Kommunalverwaltungen in den Städten wie Schwedt und Wurzen nichts gegen Gewaltaktionen von Nazi-Skins gegen alternative Zentren unternommen haben. Dennoch fordert Elsässer ein staatlich gestütztes Verbot der DVU.

So widersprüchlich hat sich noch nie ein Braunbuch über mögliche antifaschistische Perspektiven geäußert. Wohin will Elsässer den Antifa-Tiger reiten? Er bietet einen Ausritt in die Gefilde der Anarchie, in das Schlaraffenland der glücklichen Arbeitslosen, und begeht doch nicht mehr als einen geistigen Diebstahl an dem Romanwerk von Peter-Paul Zahl, der bereits 1979 in seinen Roman „Die Glücklichen" eine von Gerhard Seyfried gestaltete Beilage „Der glückliche Arbeitslose" montierte. Zahls Ansatz hat in der Linken keine große Resonanz erfahren. Ob sein Ansatz nach fast zwanzig Jahren erfolgreicher sein wird, kann bezweifelt werden. Auch hier hinkt das konkret-Braunbuch der Geschichte 20 Jahre hinterher.

Dafür erleben wir eine neue Form der Bündnispolitik; denn Jürgen Elsässer darf im FOCUS-TV als Politikwissenschaftler vor der braunen Gefahr aus dem Osten warnen. konkret zusammen mit FOCUS, jenem Magazin, das die dicksten Beziehungen zu faschistoiden Schreibtischtätern hat. Eine solche Zusammenarbeit hat gewiß eine neue Qualität.

Abonniert den RECHTEN RAND

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen und erscheint alle zwei Monate.

DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) • 25,- DM (Ausland)
2 Exemplare im Abonnement: 35,- DM
3 Exemplare im Abonnement: 50,- DM
4 Exemplare im Abonnement: 60,- DM
Ab 5 Exemplaren je Ausgabe gibt es 30% Rabatt.

Bei Bestellungen den Namen und Lieferadresse nicht vergessen!

DER RECHTE RAND
Postgirokonto Hannover
44 55 86 - 301
Bankleitzahl 250 100 30

✂ - - - - - - - - - - - - - -

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name:. . . . .

Anschrift:. . . . .

. . . .

. . . .
Unterschrift

Ich habe ❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) überwiesen.
❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) liegen als Scheck bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

. . . .
Unterschrift

Buchbesprechung

América: Unten und Oben, Arm und Reich

Zwei Welten in Einer - die Welt derer die alles haben und die Welt derer die nichts besitzen, beschreibt T. Coraghessan Boyle in seinem Roman „América“. In zufälliger Regelmäßigkeit stoßen sie mal aufeinander, mal auseinander. Das erstemal treffen T.C. Boyles Protagonisten der Welten auf einer kurvigen Cañonstraße in Kalifornien aufeinander. Delaney, ohne Verkehrssünden, Naturliebhaber und ernährungsbewußt, fährt Cándido, ohne Einwanderunsgerlaubnis und ohne Arbeit und Unterkunft, mit seinem wachsgepflegten neuen Auto an. Der erste Gedanke des weißen Kaliforniers: der Autoschaden und die Versicherung, der erste Gedanke des Mexikaners: die Verletzung und die Abschiebung. Von da an kreuzen sich die Wege von dem einen, der oben am Topanga Cañon in einer Luxuswohnanlage das Leben genießt und dem anderen, der unten in einer Behausung versucht am Leben zu bleiben.

Ohne allerdings aufeinander zuzugehen. Delaney will nichts sehen und hören und Cándido weiß, was geschieht, wenn er gesehen und gehört wird. So ringt Delaney mit den Problemen des Mittelstandes: Der Schoßhund seiner Frau Kyra verschwindet; die ergeizige Immobilienmaklerin fühlt sich bedroht; ihr Sohn rebelliert; die Gartenmauer wird beschmiert und arbeitslose Illegale mit dunkler Haut und abgerissenen Kleidern tauchen am Rand der Idylle auf. Und Cándido kämpft mit den Schwierigkeiten der illegalen Einwanderung: Durch den Unfall kann er nicht arbeiten, so daß seine Frau América sich an die Straße stellen muß um Jobs zu bekommen; Sie wird ausgebeutet, belästigt und vergewaltigt. Ihr Versteck wird entdeckt und die Ersparnisse gestohlen. Nach und nach verlieren alle ihre Würde und Menschlichkeit. Die einen aus Sorge um ihren Wohlstand, die anderen um zu Leben.

Indem T.C. Boyle die Lebenswege, aus verschiedenen Perspektiven, parallel erzählt und nichts außeralltägliches beschreibt, offenbart er die alltägliche Brutalität eines Wohlstandschauvinismus. Ohne pastoral oder moralisch zu werden.

T.C. Boyles Fiktion ist die Realität in den westlichen Industriestaaten, wie die Wandlung von seinem Protagonisten Delaney vom liberalen Humanisten zum radikalen Rassisten. Im Hintergrund des sozialkritischen Romans stehen Bert Brechts „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“ und John Steinbecks „Ein Mensch würde so nicht leben wie sie“. Vorangestellt hat Boyle Steinbeck.

Die Handlung spielt bei Los Angeles, sie könnte auch bei Berlin, Hamburg, München oder Lübeck, Mölln, Rostock und, und spielen. Das Besondere an T.C. Boyles Roman, ist das Allgemeine.

T.C. Boyle: América, 1998, dtv, DM 19,90

Andreas Speit